BZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
01/02-2014
Januar/Februar

GRUNDSCHULE NEUE HERAUS FORDERUNGEN

***Gespräch**
mit
Bildungssenatorin

GEW

Eine Große Koalition für die »kleinen Leute«?

Christoph Butterwegge

Prof. Dr. Christoph Butterwegge*

■ Das am 16. Dezember 2013 von CDU, CSU und SPD geschlossene Regierungsbündnis hat bei Teilen der Bevölkerung nicht zuletzt auf sozialpolitischem Gebiet hoch gesteckte Erwartungen geweckt. Dabei zeigen die Großkoalitionäre für das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, nämlich deren zunehmende Spaltung in Arm und Reich, keinerlei Sensibilität. Vielmehr kommt das Wort »Reichtum« im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode auf 185 Seiten nur als »Ideenreichtum« bzw. als »Naturreichtum« und der Begriff »Vermögen« nur als »Durchhaltevermögen« bzw. im Zusammenhang mit der Vermögensabschöpfung bei Kriminellen vor.

»Armut« taucht zwar 10-mal auf, größtenteils aber in fragwürdiger Art und Weise. »Altersarmut verhindern« firmiert als Zwischenüberschrift zur Rentenpolitik der künftigen Regierungskoalition. Die sozialen Sicherungssysteme schützten vor Armut, heißt es weiter. Das legt den Schluss nahe, Altersarmut existiere in Deutschland (noch) nicht, denn von der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung, Verringerung oder Beseitigung ist nirgends die Rede.

Von Armut keine Rede

Während von Kinder- und Jugendarmut an keiner Stelle die Rede ist, wird der Begriff »Bildungsarmut« als Synonym für Analphabitismus verwendet. Dem hierzulande vorherrschenden Armutsverständnis gemäß wird Armut hauptsächlich mit der sog. Dritten Welt in Verbindung gebracht. Nicht weniger als vier Mal taucht Armut in diesem Zusammenhang, weitere drei Mal in der Zusammensetzung mit Zuwanderung bzw. Migration auf. Gemeint sind Bulgaren und Rumänen, denen man eine »ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen« vorwirft, wodurch deutsche Kommunen übermäßig belastet würden. Auch wenn die sozialen Problemlagen einzelner Großstädte, etwa Duisburg und Dortmund, bei der Unterbringung, Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung und Integration treffend beschrieben werden, leistet der Koalitionsvertrag rassistischen Ressentiments dadurch Vorschub, dass er der »Migration in die sozialen Sicherungssysteme« entgegentritt, ohne Not und Elend der Herkunftsländer zu erwähnen und zu berücksichtigen, dass die Mehrheit der zugewanderten EU-Bürger teilweise hoch qualifizierte Arbeitskräfte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind.

Glaubt man dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, gibt es in Deutschland gar keine Armut. Vielmehr existiert diese offenbar nur außerhalb unserer Wohlstandsinsel, es sei denn, sie wird durch Zuwanderer rechtswidrig importiert. Mit dem im Koalitionsvertrag auch von der bisher größten Oppositionspartei bestätigten Merkel-Mantra »Keine Steuererhöhungen – für niemand!« wird die selbst im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der schwarz-gelben Koalition eingeräumte Verteilungsschieflage akzeptiert und das Auseinanderfallen der Gesellschaft forciert. Selbst der Mindestlohn, dessen flächendeckende Einführung per Gesetz die Koalitionspartner bis 2017 vereinbart haben, steht für sie nicht im Kontext der Armutsbekämpfung, obwohl der ausufernde Niedriglohnsektor das Haupteinfallstor für heutige Erwerbs- und künftige Altersarmut bildet. Sonst hätten CDU, CSU und SPD die offizielle Lohnuntergrenze kaum bis zum 1. Januar 2018 bei 8,50 Euro festgeschrieben. Denn schon heute reicht diese von weniger prosperierenden EU-Staaten längst überschrittene Höhe nicht aus, um bei Vollzeiterwerbstätigkeit in Würde leben und eine Familie ernähren zu können.

Die neoliberale Standortlogik dominiert

»Deutschlands Zukunft gestalten« (Titel des Koalitionsvertrages) heißt für CDU, CSU und SPD in erster Linie, die deutsche Wirtschaft zu stärken. »Wettbewerb« lautet das Schlüsselwort, welches in dem Dokument häufiger auftaucht als die meisten anderen Begriffe und die marktradikale Leitlinie vorgibt, der die Regierungspolitik auch in den nächsten vier Jahren folgen wird. Wie üblich werden Globalisierung und demografischer Wandel – die zwei Großen Erzählungen unserer Zeit – im Koalitionsvertrag als quasinatürliche Begründung für die vermeintliche Notwendigkeit herangezogen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, die Regelaltersgrenze zu erhöhen und die Altersrenten zu kürzen. Keine der früheren Entscheidungen unterschiedlicher Regierungskoalitionen, die das Rentenniveau gesenkt und Altersarmut hervorgebracht haben, wird in Frage gestellt.

Das einzig Gute an der »solidarischen Lebensleistungsrente«, die voraussichtlich ab 2017 erhalten soll, wer 40 Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt und weniger als 30 Rentenentgeltpunkte erreicht hat, ist der Name. Denn in Zeiten lückenhafter Erwerbsbiografien kommen nur wenig Geringverdiener/innen in den Genuss dieses kärglichen Rentenzuschusses. Wer ihn erhält, wird angesichts der Höhe von ca. 850 Euro brutto weiterhin armutsgefährdet sein. Für den Sozialstaat, die »kleinen Leute« und ihre Alterssicherung verheißt die 3. Große Koalition also wenig Gutes.

*lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Soeben ist die 5., aktualisierte Auflage seines Standardwerkes »Krise und Zukunft des Sozialstaates« erschienen.

Nachtrag zu Heft 11/12-2013:
Der an dieser Stelle abgedruckte Artikel »Sinnlos wanderndes Geld« von Ulrike Herrmann stammte aus der taz vom 25.10.2013

moment mal

Wieder einmal war in Bremen die Musikschau der Nationen zu Gast. Zum fünfzigsten Mal schon konnten tausende die Marschmusik von Militär- und Polizeiorchestern aus aller Welt genießen. Wer Marschmusik mag, für den ist »der Beitrag zur Völkerverständigung« (früher noch »Militärmusikschau«) ein Muss.

Trotz aller angeblichen »Völkerverständigung« ist die Musikschau Werbung für die Armeen dieser Welt. Werbung, die den Krieg in weite Ferne rücken lässt und aus einem im Dreck robbenden, tötenden Soldaten einen Musiker in schnieker Uniform werden lässt. Diese Werbung ist es, die mich ärgert. Die Musik – schön und gut, nicht mein Geschmack aber vielleicht der von anderen. Der Inhalt – Militarismus in seiner besten Form. Das Aufeinandertreffen verschiedener Armeen kann gar keine Völkerverständigung hervorbringen. Im besten Fall darf man, wie im Zoo, mal einen Blick auf eine fremde Kultur werfen, bestaunen, wie schön doch die Uniform der Pipes and Drum und wie niedlich die Kinder des Izivunguvungu Music Project sind. Das ist keine Völkerverständigung. Genauso, wie das Pflegen der Gräber deutscher Offiziere der Kolonialzeit kein Friedensdienst ist, auch wenn der Benefizempfänger des Wochenendes, die deutsche Kriegsgräberfürsorge das gerne behauptet.

Lukas Pukrop

In-Team

Wilfried geht am 1.2. in die »passive Phase« der Altersteilzeit. Jetzt will er erstmal reisen. Wenn er Zeit und Lust hat, schreibt er uns ein paar Reiseberichte. Nach den Sommerferien ist er wieder hier und will weiter in der Redaktion mitarbeiten. Das heißt, die nächsten zwei Hefte machen wir ohne ihn. Wir hatten ja angekündigt, dass wir von jetzt an immer Doppelhefte herausbringen. Das jetzige ist das erste davon. Wir haben einige Änderungen vorgenommen, genauer gesagt vier. Wer von unseren LeserInnen alle vier erkennt und uns (an die BLZ-Adresse oder an ein Redaktionsmitglied) als erste(r) schreibt, wird von uns zum Essen eingeladen. j.b.

Planung

Heft 03/04-2014: Berufsbildung
Redaktionsschluss: 03. März 2014

Bildung – Politik – Gesellschaft

16 Interview mit der Bildungssenatorin

19 Erhalt und Ausbau der Rahmenbedingungen
Fachgruppe Inklusive Pädagogik

20 Haushalt 2014/2015
J. Burger

22 Eigenverantwortung von Schulen
B. Winkelmann

24 Privatisierung in Griechenland
A. Ioannidou

26 »Bestie Mensch«
F. Berghorn

Grundschule

7 Vorwort
J. Burger, W. Meyer

8 Kompetenzraster
W. Meyer

9 Jahrgangsübergreifender Unterricht
W. Meyer

10 OECD-Erwachsenenstudie
H. Brügelmann

12 Lese- und Schreibunterricht heute
W. Eichler, H. Brügelmann

14 Inklusion
H. Bartnitzky

15 Angemessene Besoldung
Bremerhavener Grundschulleitungen

Rubriken

2 Große Koalition
C. Butterwegge

4 Landesvorstand

27 Gratulationen

28 Buchtipps

30 Frischluft

31 Termine und Hinweise

BLZ

Januar/ Februar 2014
63. (75.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 39 84
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jochen Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 0179-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Der Schwung der 7.000

Bernd Winkelmann

Mitgliederversammlung der GEW Bremerhaven, Bestandsaufnahme 2013:

■ Am **2. Mai** demonstrieren 7.000 SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern für eine bessere Bildungspolitik im Bundesland Bremen, am **16. Mai** begeben sich 500 Lehrkräfte bei einem »Marsch in schwarz« zu den Parteibüros der Grünen und der SPD und übergeben eine normgerechte Schippe (als Orientierungshilfe für die »Schippe drauf«), am **18. Juni** blockieren 400 Lehrkräfte aus einer Personalversammlung heraus die zentrale Kreuzung »Am Freigebiet« für eine halbe Stunde, um ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen Ausdruck zu verleihen, am **12. November** bilden 7.000 Personen eine Menschenkette durch halb Bremerhaven und erklären dieses Datum zum »Tag der Schippe« und am **2. Dezember** überreichen VertreterInnen der Schulen, des ZEB, des SSR und der GEW Schippen von 35 der 38 Schulen der Stadt an den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Böhrnsen.

Bernd Winkelmann
Landesvorstands-sprecher

Unter dem Eindruck dieses aktionsfreudigen Jahres findet am 4.12. die gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Neben den Wahlen (s. Kasten) besprechen die Kolleginnen und Kollegen Erfolge, Politikerreaktionen und die Fortsetzung des Kampfes. Die Diskussion ist durch das »World Café« so angelegt, dass zentrale Aspekte in unterschiedlichen Runden intensiv erörtert werden können. Fünf Fragen dienen als Impuls und eröffnen Wahlfreiheiten für die TeilnehmerInnen:

- Wie sorgen wir dafür, dass beim Thema Inklusion niemand an uns und unserem Fachverstand vorbeikommt?
- Was können wir noch für die neuen Mitglieder tun, damit die GEW wirklich zur Mitmach-Gewerkschaft wird?
- Welche Dinge hältst du für wünschenswert und wagst dennoch nicht, sie an deiner Schule einzubringen, weil es mit der Demokratie an deiner Schule nicht so klappt?
- Wie können wir den KollegInnen den Wiedereinstieg in die Gewerkschaftsarbeit schmackhaft machen und praktisch ermöglichen?
- Wie kommen wir zu Reformen, die unsere Arbeit erleichtern?
- Welche Erwartungen haben wir bzgl. der Aktionsformen, die die GEW künftig plant, um ihre Forderungen zu realisieren?

In der Vorbereitung dieser Mitgliederversammlung war es dem Erweiterten Vorstand wichtig, nicht nur Überlegungen zur Fortsetzung der Auseinandersetzung um die Versorgung des Bildungsbereichs anzustellen. Vielmehr sollten auch Ideen, Vorschläge und Wünsche zu zentralen Punkten gewerkschaftlicher Arbeit in einem breiten Kreis abgewogen werden.

Resultate

Es liegen nun Sammlungen von Anmerkungen zu den unterschiedlichsten Themen vor, die auf dem nächsten Wochenendseminar des Erweiterten Vorstandes im Februar im Detail ausgewertet und in politisches Handeln übersetzt werden.

Erste Resultate lassen sich aber schon nach der zusammenfassenden Darstellung während der Mitgliederversammlung formulieren:

- **Inklusion:** Von der GEW wird erwartet, dass sie gegen die inflationäre (und falsche) Verwendung des Begriffs antritt und ein umfassendes Verständnis verbreitet. Dabei ist die interne Diskussion zu intensivieren.
- Hinsichtlich der **Mitmach-Gewerkschaft** besitzen die Betriebsgruppen weiterhin einen entscheidenden Stellenwert. Vorgeschlagen werden u.a. systematische »Erstkontakte« zu neuen KollegInnen, eine stärkere Präsenz der BG-SprecherInnen und Kinderbetreuung bei Versammlungen als Standard.
- In Sachen **Demokratie** dominieren Stichworte wie gesteigerte Transparenz, Professionalisierung der Schulleitung und Gewährung von Unterstützungssystemen für Lehrkräfte, um ihre Rechte durchzusetzen.
- Zum **Wiedereinstieg** in die Gewerkschaftsarbeit schlagen die Mitglieder personengruppenbezogene (Seniorentreffen, Baby-Café), thematisch angelegte und unkonventionelle Maßnahmen (»meet+eat«) vor, mahnen aber auch an, Beweggründe zum »Ausstieg« ernst zu nehmen.
- Wünsche zur **Arbeitserleichterung** drehen sich hauptsächlich um die Abschaffung von Tests und ein Einfordern größerer Professionalität bei der Umsetzung von Veränderungen (Lernentwicklungsdokumentation, Steuerung von Reformen).
- Die Feststellung, »wir haben z.Zt. einen hohen Standard an **Aktionsformen**«, wird getroffen und weitere Maßnahmen sind vorstellbar (»Aktionswochen«). Kriterien dazu: »knackig, effektiv, wenig Aufwand, Ziel Streik«.

Letzterer Spiegelstrich sollte ein Ansatzpunkt für unsere weitere politische Arbeit sein. Dabei bleibt eine Voraussetzung für erfolgreiches Eintreten im Sinne unserer Interessen eine enge Abstimmung unserer Aktivitäten zwischen den Stadtverbänden.

Vorstandswahlen:

Folgende KollegInnen wurden gewählt:
Begoihn, Werner
Grothusen, Ralf
Hinze, Meike
Hüsken, Swantje
Jaschinski, Peer
Möhle, Ute
Röske, Ina
Schröter, Ekkehard
Strauss, Nick
Von Hagen, Inga
Winkelmann, Bernd

VorstandssprecherInnen sind Bernd Winkelmann, Peer Jaschinski und Inga von Hagen.

Vertrauensleutetreffen im Stadtverband Bremen:

Mangelnde Personalversorgung aufzeigen und Verbesserungen einfordern!

■ Am 11. Dezember fand in vorweihnachtlicher Atmosphäre das zweite Vertrauensleutetreffen des Stadtverbandes Bremen statt. Zunächst berichtete Petra Lichtenberg über die Ergebnisse der Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft und die Aktivitäten des »Bündnisses für Bildung«. Es folgten Berichte aus den Schulen:

• Gerade in der Vorweihnachtszeit häuften sich die Unterrichtsvertretungen. KollegInnen berichteten, dass sie morgens zwei Klassen beaufsichtigen mussten. Das Geld für Vertretungsreserven war vollständig aufgebraucht. Außerdem werden für langzeit-erkrankte KollegInnen erst nach sechs Wochen Vertretungsstunden von der Behörde zugewiesen. Die Stunden von schwangeren Kolleginnen werden nur zum Teil ersetzt.

• Ein weiterer Konfliktpunkt sind die Klassenfahrten. Die KollegInnen müssen ihre Reisekosten oft selbst zahlen, weil die von der Behörde zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen. Dazu müssen sie vor Antritt eine Verzichtserklärung unterzeichnen, da sie rechtlich zu einer solchen Selbstzahlung nicht verpflichtet werden können. Wer nicht unterschreibt, darf eventuell nicht fahren. Es wurde dafür plädiert, sich in den Schulen dazu zu verabreden, diese Verzichtserklärung nicht mehr zu unterschreiben, und damit eine Klärung herbeizuführen.

• Mit Empörung wurde zur Kenntnis genommen, dass die Qualitätsabteilung der Bildungsbehörde in einem Gespräch mit den Sek-I-Schulleitungen zur Auswertung des letzten IQB-Ländervergleichs äußerte, »das schlechte Abschneiden deute auf die mangelnde Qualität von Unterricht hin«. Demgegenüber wird in einer Resolution betont: »Wir PädagogInnen machen in Bremen seit Jahren – trotz immer schlechter gewordener personeller und materieller Ausstattung – einen engagierten und fachlich niveauvollen Unterricht. … Die Ursache für die mangelhaften Ergebnisse … mit der Veränderung der unterrichtlichen Arbeit der Lehrkräfte allein beseitigen zu wollen, ist schlicht nicht möglich.«

Das nächste Vertrauensleute-Treffen findet am Mittwoch den 19. Februar statt.

Dort soll über gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung der Personalversorgung in den Schulen gesprochen werden. Der Stadtverbandsvorstand bereitet dazu eine Muster-Resolution für die Gesamtkonferenzen und Schulkonferenzen vor. Demnächst wird zu den Themen des Vertrauensleute-Treffens auch ein Stadtverbands-Info erscheinen. j.b.

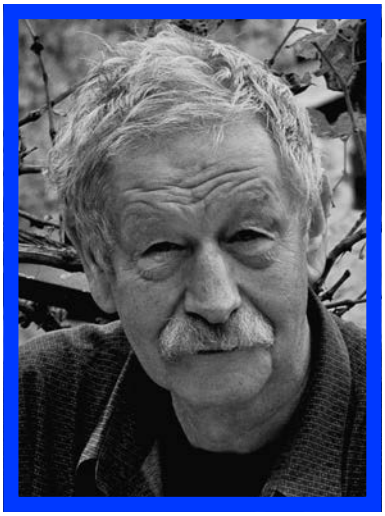
8.000 Widersprüche – Solidarität ist unsere Stärke, Geduld nun das Gebot der Zeit...

■ Ca. 8.000 verbeamtete KollegInnen des Landes Bremen haben gegen die Nichtberücksichtigung bei der Besoldungsanpassung für das Jahr 2013 Widerspruch eingelegt. Damit signalisieren 2/3 der BeamtInnen, dass sie mit dieser Kürzungspolitik auf dem Rücken der Beschäftigten überhaupt nicht einverstanden sind.
Vereinbarungsgemäß werden nun die »Musterklagen« vorbereitet; dazu müssen zunächst die Ablehnungen der Widersprüche eingegangen sein. Hiermit wird in diesen Tagen gerechnet. Musterklage bedeutet, dass in einzelnen Fällen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes (sowie der Richter) Verfahren eingeleitet werden, deren Ergebnisse dann auf alle Widersprüche angewendet werden. Diese Verfahren gelten auch für VersorgungsempfängerInnen sowie ReferendarInnen. Die Widersprüche beziehen sich jeweils auf das laufende Kalenderjahr, d.h. Neueingestellte ab 2014 (z.B. Lehramtsanwärter ab 1.2.) müssen im Laufe des Jahres ebenfalls Widerspruch gegen die unzureichende Alimentierung einlegen.
Erfahrungsgemäß zieht sich ein solches Verfahren über mehrere Jahre hin; wir werden euch über aktuelle Entwicklungen stets auf dem Laufenden halten.

Christian Gloede,
Landesvorstandssprecher

Herzlichen Glückwunsch, liebe/r Streikende/r!

■ In den letzten Tagen hast Du, wie viele andere im März 2013 streikende KollegInnen auch, seitens der Bildungsbehörde eine Rüge erhalten, mit der Dir quasi die Missbilligung Deiner obersten Chefin ob der Teilnahme am besagten Streik zur Durchsetzung der immer noch berechtigten Interessen nach amtsangemessener Übertragung des Tarifergebnisses ausgesprochen wurde.
Im Namen des Landesvorstandes der GEW gratulieren wir Dir ganz herzlich zu dieser urkundlichen Belobigung, die leider keinerlei Funktionszulage nach sich zieht. Wir empfehlen, mit dem Schriftstück sehr sorgfältig umzugehen, da es bei späteren Bewerbungen und/oder Beförderungsanträgen, je nach Regierungslage/r von Nutzen sein könnte und weder ein Original noch eine Kopie sich in der Personalakte wiederfinden wird. Wir sind zuversichtlich, dass Dein Beispiel Schule machen wird:
Der Geschäftsführende Landesvorstand



Unterwegs auf dem Weg zu einer neuen Schule

Abschied von Johannes Beck

■ Der Raum der Michael-Kirche am Rembertiring reichte kaum aus. Viele Menschen wollten von Johannes Beck Abschied nehmen: Familie, Freunde, Nachbarn, Kollegen … Freundlich lächelt Johannes uns vom Foto an: Ein verschmitztes Lächeln, die Locken, der Schnäuzer: so, wie wir ihn kannten und mochten.

Johannes Beck wurde 1938 in Breslau/Wroclaw geboren. Mit seiner Familie lebte er nach der Flucht im Südschwarzwald, später in Nürnberg. Er war Waldorfschüler, machte eine Lehre als Tischler und ging nach der Gesellenprüfung auf Wanderschaft. Über den zweiten Bildungsweg kam er zum Studium und wurde Lehrer. Später studierte er in Darmstadt, Würzburg und Frankfurt Geografie, Pädagogik, Soziologie und Philosophie. Als 1971 die Bremer Universität die Arbeit aufnahm, begann seine Hochschullaufbahn. Er arbeitete an der Reform des Lehramtsstudium mit und wurde einer der Entwickler des Bremer Projektstudiums, er unterstützte die ›Reisende Hochschule‹ er war an der Gründung der Päd-Koop (heute Freinet-Kooperative) beteiligt. Weitere Stichworte seiner Aktivitäten: Theater der Versammlung, Sommeruniversität am Lago Maggiore, Zusammenarbeit mit Ivan Illich … Als Mitglied der Bremer GEW gab er mit Heiner Boehnke von 1976 bis 1982 die Jahrbücher für Lehrer heraus. Johannes Beck war Autor beziehungsweise Mitherausgeber von weit über hundert Büchern. Nachdem er 2003 emeritiert wurde, nahmen seine Aktivitäten natürlich nicht ab: Mit Gerhard Vinnai und Gert Sautermeister rief er die Veranstaltungsreihe »Kritische Suchbewegungen« ins Leben. In dem im vorigen Jahr erschienenen Buch der Bremer GEW »Vorwärts. Nicht vergessen. Was die GEW bewegt« heißt sein Beitrag »Vor dem Gesetz – Über den Weg zum Bremischen Lehrerausbildungsgesetz von 1974«. Im April des vorigen Jahres war er Gast und Referent auf dem Bremer Oberschultag, sein Referat hatte den Titel »Für eine Pädagogik zur Entfaltung des Reichtums der Bildung«. Am 3. September hatte die GEW-Seniorengruppe Politiker der Bremer Bürgerschaft zum Thema »Flüchtlingssituation in Bremen« eingeladen. Als ich Johannes bat, von den Aktivitäten der Sonnenstraße in Bezug auf das Flüchtlingshaus in der Eduard-Grunow-Straße zu berichten, war er sofort bereit, zu kommen. Beim traditionellen Treffen »Das Viertel is(s)t« am 1. November im Gemeinderaum der Friedenskirche waren nicht nur Viertel-Bewohner zu Gast, sondern viele Flüchtlinge aus der Eudard-Grunow-Straße und Bewohner der Sonnenstraße, Johannes Beck berichtete von diesem Projekt. Noch am 27. November 2013 referierte er in der Villa Ichon über das Thema »Ermöglichen Computer und Internet eine demokratische Wirtschaftsplanung?« Einige Tage, bevor er sich auf den Weg zu seinem Klassentreffen machte, erzählte er mir, wie sehr er sich auf das Wiedersehen freue und dass er dann noch ein paar Tage mit ehemaligen Schulfreunden in der Fränkischen Schweiz wandern wolle. An einem dieser Tage, »an denen er voller Dankbarkeit und Glück war« (so drückte es sein Wanderfreund auf der Trauerfeier aus), starb Johannes Beck. Über der Todesanzeige der Familie im Weser-Kurier standen Worte von Johann Wolfgang von Goethe: »Wer kann wissen, was sich alles an einen Lebenspunkt anschließt?« Ingrid Emmenecker

Abschied

Als du gingst
hast du die Tür
weit offen gelassen.
So ist Licht
auf uns gefallen.
So breitet sich Wärme aus
und die Zärtlichkeit
deines Lächelns.

Renate Schoof

Beitragsquittungen

■ Mit der Februarausgabe der bundesweiten GEW-Mitgliederzeitschrift E&W wird wieder die Beitragsquittung. verschickt. Die Beitragsbescheinigung befindet sich dann in der Innenseite des verschlossenen Umschlags. Dort befinden sich auch die Informationen zum SEPA- und IBAN-Verfahren.Die Beitragsbescheinigung kann mit dem Mitgliedsausweis einfach herausgetrennt und zusammen mit der Steuererklärung beim Finanzamt eingereicht werden.
Die GEW bittet darum, die ebenfalls aufgeführten mitgliedsbezogenen Daten (Anschrift, Betrieb/Schule, Eingruppierung, Kontoverbindung) zu überprüfen und Korrekturen bei der GEW Bremen zu melden. Ansprechpartnerin ist Frau Gross, die die GEW-Mitgliederverwaltung im Landesverband Bremen betreut (Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen, Tel: 0421/3376435, Fax: 0421 3376430, E-Mail: gross@gew-hb.de).
Nick Strauss, Landesschatzmeister

Grundschule

Neue Herausforderungen

■ Die eigentliche Herausforderung, vor der die Grundschule unserer Auffassung nach steht, ist die Realisierung des Rechtes der Kinder auf Bildung vor dem Hintergrund der veränderten Kindheit, der sozialen Probleme, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und des Einflusses der neuen Medien. Der Grundschulverband formuliert es so : »Die Schule soll die bereits erworbenen Selbstlernfähigkeiten der Kinder aufgreifen und weiterentwickeln und das Kind als Subjekt des Lernens immer wieder ermutigen, sich alle notwendigen Kompetenzen und Erkenntnisse möglichst selbstständig anzueignen – selbstverständlich immer mit der gezielten Unterstützung seiner Lehrerinnen und Lehrer und immer im sozialen Raum der Klassengemeinschaft.«

An dieser Stelle ist es sinnvoll, zwischen »Herausforderungen« und »Zumutungen« zu unterscheiden. Solche Zumutungen werden vielfach an die Grundschule herangetragen.

Eine davon ist die Auslese für das Gymnasium: Sie wurde 2009 wieder zur Aufgabe der Grundschule gemacht, nachdem sie in Bremen zuvor 30 Jahre lang davon befreit gewesen war. Die Leistungen in Mathematik und Deutsch müssen als »über dem Regelstandard« bescheinigt werden. Da schon 1999 die Inklusion in den Bremer Grundschulen eingeführt wurde, sehen sich die Schulen mit einer doppelten Botschaft konfrontiert: Integration und Selektion.
In Hamburg ist eine Diskussion vom Zaun gebrochen worden, die inzwischen auch die Bremer Tagespresse erreicht hat: Angeblich gibt es einen Verfall der Rechtschreibleistungen. Die behördliche Antwort ist dort ein Rezept aus dem 19. Jahrhundert: Die Definition eines »verbindlichen Kernwortschatzes«.
Wir haben in diesem Heft einige aktuelle Fragen herausgegriffen, die strittig sind: Kompetenzraster, Jahrgangsübergreifender Unterricht, Rechtschreibung, Stand der Inklusion, Benachteiligung der Grundschulleitungen. Andere, z.B. die personelle Ausstattung der neuen Ganztagsschulen und die Flüchtlingsbeschulung, werden wir in den nächsten Heften zum Thema machen.

Jürgen Burger, Wilfried Meyer

■ So klingt es jedenfalls immer öfter aus der Bildungsbehörde. Nachdem einige Oberschulen wohl die Mühe auf sich genommen haben und schulinterne Raster entwarfen, sollen jetzt, nach Pilotierungsphasen, zumindest in Grundschulen diese flächendeckend eingeführt werden.

Wozu brauchen wir Lehrkräfte diese neuen Formen der Leistungsdokumentation und der Leistungsbeurteilung?

Kompetenzraster sollen sein – ein Muss?

Wilfried Meyer

Gab es eine massenhafte Kritik der Kolleginnen und Kollegen an den bisherigen Formen? Davon ist uns nichts bekannt. Es sieht also danach aus, dass dieser Wunsch nach Erneuerung mal wieder nicht Pädagogenwunsch und begründete Notwendigkeit ist, sondern auf Gedanken der Bildungsadministration beruht. Kurz gesagt: Kann es sein, dass schon wieder eine neue Sau durch das Dorf getrieben wird, die uns ohne Not und Wunsch weitere Mehrarbeit bescheren soll? Das wird verneint: »Es soll die Arbeit erleichtern!« Heißt es.

10 Jahre her!

Nehmen wir die Entwicklung in den Blick, dann haben die Raster mit der Einführung der Bildungsstandards zu tun. Nehmen wir einmal die in Deutsch und Mathe heraus. Die Bildungsstandards haben in der Lehrerschaft nie den Eingang und die Bedeutung gefunden, den sie von den Kultusministern zugedacht bekommen hatten. Denn man wollte in der föderalistischen BRD doch etwas Vergleichbares, Messbares haben, damit wollte man Leistungen in den verschiedenen Bundesländern gegeneinander stellen. Allein dies ist immer nur mit den Pisa-Ergebnissen begründet worden, eine pädagogische Not gab es nie dafür. Die Standards werden in den beiden Fächern dargestellt durch ca. 120 Kompetenzen (früher Fähigkeiten und Fertigkeiten, z.T. auch schon als Kompetenzen bezeichnet). Manchmal findet man auch noch Lernziele, die nennt man Kompetenzerwartungen oder Kompetenzhorizonte. (Man frage den Verfasser nach dem Sinn!) Diese Standards mussten dann eingeteilt werden, um die Kinder zu beurteilen, also war der sogenannte Regelstandard das Mittelmaß von 5 Stufen.

Dieses alles war den meisten Lehrkräften offenbar zu unverständlich und zuwider

Den Behörden gelang es nicht, das Aufgeschriebene zu erklären. Manchmal haben wir den Eindruck, dass es benutzt wird ohne zu wissen, was dahinter stecken soll. Man begibt sich auf eine Metaebene, auch der Begriffe, die in bestimmten Gruppen und Ebenen nicht mehr hinterfragt werden (sollen?). Nun ist man auf die Idee gekommen, dass man es vereinfachen möchte, weil wir und die Eltern angeblich Probleme haben, die bisherigen Dokumentationen wie z.B. einen Lernentwicklungsbericht zu verstehen. Man möchte ein Kompetenzraster vorlegen, welches einen schnellen Überblick über den Leistungsstand geben soll. Das sollen die Lehrkräfte erstellen, fortlaufend führen und eventuell auch digitalisiert erstellen. Erreicht dann im Überblick z.B. ein Viertklässler die meisten Kreuze im Raster über dem Kästchen für Regelstandard, kann er auf das Gymnasium. All das ist sehr zweifelhaft, läuft es im Endeffekt doch wieder auf eine Durchschnittszensur hinaus, denn wie sollen die verschiedenen Leistungen dann gewichtet und gemittelt werden? Der Arbeitsaufwand, so klingt es zumindest aus Pilotierungsschulen, ist sehr hoch, man hat den Tisch voller DinA3-Bögen und muss die Übersicht behalten. Vor der Einführung einer solchen Maßnahme muss an den Schulen ausreichend Gelegenheit gegeben werden Notwendigkeit, Sinn, Inhalt und Form zu diskutieren. Die Ergebnisse der Schulen, die da pilotieren, müssen vorliegen. Eine erneute überflüssige Reform einzuführen, daran ist den meisten an den Schulen nicht gelegen. Und vom vielen Messen, das haben wir schon oft geschrieben, wird die Sau nicht fett.
Die Schülerleistungen verbessern sich damit nicht, und ob die Lehrer Kompetenzraster brauchen, um ihren Unterricht besser zu machen, wagen wir zu bezweifeln. Zumindest können die Profis an den Schulen das sicherlich am Besten beurteilen. Es muss bewiesen werden, dass hier eine Arbeitserleichterung stattfindet und nicht eine Mehrarbeit durch Dokumentationen entsteht, die uns zum wiederholten Male aufgezwungen wird. **Denn schon im Jahre 2008 hatte sich die Schulbehörde verpflichtet: »Die Bildungsbehörde wird die Dokumentationsverpflichtungen der Lehrkräfte reduzieren und im Primarbereich damit beginnen.« Das möchten wir dann gern auch so sehen.**

Jahrgangsübergreifender Unterricht (JÜL)

Das Gelbe vom Ei?

Wilfried Meyer

■ An einigen Bremer Schulen der Primarstufe und der Oberschulen wird so gearbeitet, dass mehrere Jahrgänge in Gruppen unterrichtet werden. In verschiedenen Schulen wird dieses Thema im Moment sehr emotional besprochen. In der neuen Grundschulverordnung steht, dass diese Organisationsform angestrebt werden soll. Insgesamt fehlt aber über Sinn und Unsinn die inhaltliche Auseinandersetzung an den Schulen. Warum soll dieser Unterricht per se gut sein? Gibt es nicht auch so heterogene Schülerschaft in ausreichendem Masse? Warum noch mehr mischen? Können die älteren Schülerinnen nicht wunderbare Vorbilder sein für die jüngeren? Diese Argumente müssen ausgetauscht werden, weil es sonst wie in Berlin zu Fehlentscheidungen, viel Arbeit für die Lehrkräfte und letztlich herben Enttäuschungen führen kann.

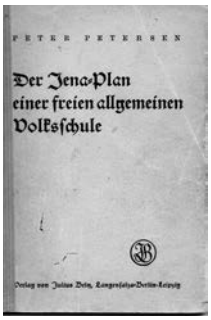
Erfahrungen aus Berlin

Berlin hat JÜL 2008 flächendeckend für die Grundschulen verordnet und den Beschluss nach wenigen Jahren wieder zurück genommen (siehe hierzu blz Mai/2013 auf der Homepage der GEW Berlin). Hier muss wie auch auf anderen Feldern der Bremer Bildungspolitik zuerst einmal ausgewertet werden, welche Erfahrungen unter welchen Bedingungen mit dieser Form gemacht wurden. Und danach können die Schulen, die diese Form wollen, das für sich entscheiden. Eine Form für alle lehnen wir ab. Im Übrigen findet man sehr wenig Untersuchungen über jahrgangsübergreifendes Lernen, die objektiven Kriterien stand halten. Die meisten Veröffentlichungen sind Stimmungs- und Erfahrungsberichte, aber keine Auswertungen über einen längeren Zeitraum. Die Debatte darüber sollte, wenn gewollt, geführt werden.

Wie jede Unterrichtsform hat sowohl jahrgangsübergreifender Unterricht als auch jahrgangsspezifischer Unterricht Vor- und Nachteile. Einige werden in der folgenden Tabelle genannt.

Pro	Contra
Die jüngeren Kinder können von den älteren Kindern lernen.	Die jüngeren Kinder können nicht genug gefördert werden.
Die älteren Kinder lernen positives soziales Verhalten, indem sie jüngeren Kindern helfen können.	Die älteren Kinder lernen weniger, weil sie von den jüngeren Kindern gebremst werden.
Besonders begabte jüngere Kinder werden besser gefördert, indem sie bereits bei den älteren Kindern mitmachen können.	Besonders leistungsschwache oder ängstliche Kinder geraten noch mehr ins Hintertreffen, weil die Varianz erhöht wird,
Die Klassen werden insgesamt kleiner, eine Schüler-Lehrerinnen-Relation von ungefähr 25 Kindern.	Die Klassen werden zwar etwas kleiner, aber zu heterogen, also unüberschaubarer.
Altersgemischte Gruppen bieten mehr Chancen.	Die Unterrichtsform ist eine Rückkehr zur Zwergenschule, die in ländlichen Gebieten aus Not zustande kamen, ist aber einer urbanen Umgebung und deren Möglichkeiten unangemessen.
Die Kinder haben ein festes soziales Gefüge, in dem sie sich entwickeln können, sozial und kognitiv.	Die Kinder erhalten durch sich ändernde Gruppenzusammensetzungen Anregung und die Chance zu Veränderungen.
Die Kinder haben eine Geschichte vor sich in der ersten Klasse und eine hinter sich in der vierten Klasse, die sie nachvollziehen können	Die Kinder können ihre Geschichte nicht richtig verfolgen, da die Konstellationen zu kompliziert sind und häufigen Veränderungen unterworfen sind.
Die Kinder können am besten Sozialverhalten lernen, wenn die Basis in der Gruppe stimmt. Diese kann man aber am besten positiv gestalten, wenn die Gruppe homogen ist.	Sozialverhalten wird am besten in altersgemischten Gruppen gelernt.
Im Klassenverband kann durch individuelle Zusatzstunden auch individuelle Förderung gegeben sein. Auch durch den Einsatz zusätzlicher Lernmaterialien können Kinder besser differenziell gefördert werden.	Förderung durch die Kinder selber stellt einen zusätzlichen positiven Faktor dar.
Gerade Kinder, die im häuslichen Umfeld schon immer ihren Geschwistern helfen müssen, haben in der Schule die Chance, sich an gleichaltrigen Kindern zu messen.	Gerade Kinder, die als Einzelkind aufwachsen, können im Klassenverband keine zusätzlichen Erfahrungen mit Kindern anderer Altersstufen machen.

In der für diese Tabelle zugrunde liegenden Untersuchung einer Schule in NRW kamen die Untersuchenden zu dem Ergebnis, dass die Form JÜL keine messbaren Vorteile gegenüber dem anderen Unterricht gezeigt hat. Tendenz war eher, dass die Beteiligten zur Rückkehr zu Jahrgangsklassen neigten.



Der »kleine Jena-Plan« von 1927, Anstoß zum jahrgangsübergreifenden Unterricht jenseits der einklassigen Dorfschule

Rechtschreip-Katerstrofe?

■ Im Sommer 2013 beklagte der SPIEGEL in einer Titelstory den drastischen Verfall der Rechtschreibleistungen und machte als Schuldigen die neuere Grundschuldidaktik aus. Auf »SPIEGEL-online« fanden sich daraufhin 50 (!) Seiten zustimmender Kommentare ein, die zum Teil in eine wüste Beschimpfung der »Kuschelpädagogik« ausarteten. Offensichtlich wurden mit der Titelgeschichte die Vorurteile einer gläubigen Leserschicht mobilisiert. Die FDP stellte in der Hamburger Bürgerschaft den Antrag, die Reichen-Methode »Lesen durch Schreiben« zu verbieten. Die Zeitschrift des Grundschulverbandes »Grundschule aktuell« erschien im November 2013 mit einer Artikelserie als Antwort auf die Kampagne,

Wir veröffentlichen hier zwei Artikel, die sich mit den aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen.

1) Ist ein »Verfall der Rechtschreibleistungen« überhaupt nachweisbar? Hierzu antwortet Prof. Hans Brügelmann anhand der OECD-Erwachsenen-Studie PIAAC.

2) Was ist zu tun? Hierzu gibt es ein Papier von Prof. W. Eichler und Prof. Hans Brügelmann, die – von unterschiedlichen didaktischen Ansätzen ausgehend – gemeinsame Positionen festhalten.

Hinweise auf weitere Artikel (die es inzwischen in großer Zahl gibt) sind auf der Homepage nachzulesen. j.b.

»Jeder sechste deutsche Erwachsene…

liest wie ein Zehnjähriger« (SPIEGEL) Oder: »Durchschnittliche Viertklässler lesen schon so gut wie viele Erwachsene«…

Hans Brügelmann

Hans Brügelmann

■ Unter dem Titel »Deutschland muss nachsitzen« war am 8.10.13 in SPIEGEL-online zu lesen: »Deutschlands Erwachsene lesen und rechnen im internationalen Vergleich nur mittelmäßig…«. Basis für diese Einschätzung sind die durchschnittlich 270 Testpunkte, die deutsche Erwachsene 2012 in einem Lesetest erreicht haben – gegenüber einerseits 296 Punkten in Japan und 288 in Finnland, andererseits 250 in Italien und 252 in Spanien (Rammstedt 2013, S. 44).

Dieses Urteil bezieht sich auf einen repräsentativen Querschnitt der 16- bis 65-Jährigen, also derjenigen, die seit den 1960er Jahren eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften »am Laufen« halten, die die Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft und die Demokratisierung der ostdeutschen friedlich vorangetrieben, die Anforderungen der (Wieder-)Vereinigung in erstaunlichem Umfang bewältigt und nach der Finsternis des Nationalsozialismus ein breites kulturelles Leben entfaltet haben. Auch wenn Vieles noch zu tun bleibt (mehr Offenheit für Migration, Inklusion in Schule und Gesellschaft, Abbau sozialer Ungerechtigkeiten): Es ist schon erstaunlich, was diese in Leistungstests »mittelmäßig« abschneidenden Nachkriegsgenerationen im Alltag geleistet haben – auch im internationalen Vergleich. Sind solche Tests – wie auch IGLU und PISA – vielleicht weniger aussagekräftig, als gemeinhin behauptet wird?

Aber auch »systemimmanent«, also innerhalb des Testvergleichs, sind die Befunde durchaus positiv und widersprechen der These des SPIEGEL, »…dass sich die Literalität in Deutschland drastisch verschlechtert…« habe. So liegen von den 55- bis 65-Jährigen (Grundschule 1954-1967) immerhin 24% auf oder unter Stufe 1 – unter den 16- bis 24-Jährigen (Grundschule 1995-2007) sind es dagegen nur noch 13%; Unter den (sehr) guten LeserInnen finden sich in der ältesten Gruppe nur 3-4%, in der Gruppe der Jungen dagegen 14% (S. 79). Von Leistungsverfall keine Spur. Im Gegenteil: Wie schon andere Daten zeigten, lesen die jungen Menschen mehr und besser als die älteren (und sie sehen deutlich weniger fern, um mit einem weiteren Vorurteil aufzuräumen). Dieses Muster zeigte sich schon vor fast 20 Jahren in einer früheren OECD-Untersuchung (IALS 1995) und es stimmt überein mit einer aktuellen deutschlandinternen Erwachsenen-Studie (leo.-Level One Studie). Im Durchschnitt beträgt dieser Generationenunterschied 25 Testpunkte. Es gibt zwar Länder, in denen er noch größer ist (etwa in Südkorea mit 49 Punkten und in Finnland mit 37 Punkten), aber auch andere, in denen es gar keinen Fortschritt zu verzeichnen gibt oder wo er sehr viel geringer ausfällt (etwa Großbritannien mit 0 Punkten und USA mit 9 Punkten). Insofern sind die Kompetenzgewinne der jüngeren Menschen nicht selbstverständlich – und sie widersprechen jedenfalls für das Lesen den häufig zu hörenden Vorwürfen, neue Methoden des Lese- und Schreibunterrichts schadeten den Kindern.

Dagegen spricht auch ein weiterer interessanter Befund: Zwischen Erwachsenen, die in Deutschland-West bzw. -Ost aufgewachsen sind, gibt es kaum Unterschiede. Und das trotz der deutlich anderen Unterrichtsmethoden, z. B. eines sehr viel intensiveren und systematischeren Deutschunterrichts in der damaligen DDR. Dieser für die aktuelle Diskussion bedeutsame Befund ist ebenfalls nicht neu (vgl. das »Leistungs-Patt« in den Lese- und Schreibvergleichen kurz nach der Wende Anfang der 1990er Jahre), wird aber oft übersehen.

Dass die AutorInnen als Erklärung für den beobachteten Kompetenzzuwachs allerdings in Betracht ziehen, dass die »…jüngsten Geburtsjahrgänge… in Deutschland eventuell schon von den Bildungsreformen und Initiativen »nach PISA« profitiert haben« (S. 14) erstaunt. Zum einen könnte von den 16- bis 24-Jährigen nur ein Teil (und auch dieser erst in der Sekundarstufe) von solchen Maßnahmen profitiert haben, da diese kaum vor 2005 in der Breite gegriffen haben dürften. Zum anderen handelt es sich um einen langfristigen Trend, wie die Durchschnittswerte für die fünf Geburtskohorten zeigen: von

254 Testpunkten (1947-1957) über 264 Punkte (1958-1967), 275 (1968-1977) und 281 (1978-1987) bis hin zu 279 Punkten (1988-1997). In der letzten Gruppe hat es im Durchschnitt also gerade keine erkennbare Verbesserung gegeben

Wie zu erwarten lesen Erwachsene anderer Muttersprache in der Testsprache Deutsch deutlich schlechter (mit durchschnittlich 238 Testpunkten) als diejenigen, die mit ihr aufgewachsen sind (274 Punkte). Auch dieser Befund passt zu den Ergebnissen aktueller Schülerstudien wie IGLU und PISA. Die Größe dieses Unterschieds ist im internationalen Vergleich nur schwer einzuschätzen, da etwa Länder wie USA, Kanada und Australien eine gezielte Einwanderungspolitik betreiben, also in erster Linie höher qualifizierte Ausländer aufnehmen oder der Migrantenanteil in Ländern wie Polen und Estland deutlich niedriger ist als in Deutschland. Immerhin schneiden die in Deutschland geborenen MigrantInnen mit durchschnittlich 251 Testpunkten deutlich besser ab als »Seiteneinsteiger« mit nur 233 Punkten.

Unerwartet das Ergebnis, dass sich die von der Grundschule zur Sekundarstufe hin öffnende Geschlechter-Schere bei den Erwachsenen wieder schließt (S. 91). In den älteren Geburtsjahrgängen sind die Männer sogar den Frauen überlegen; allerdings verschwindet dieser Unterschied, wenn man Drittfaktoren wie Bildungshintergrund und Erwerbsstatus kontrolliert (S. 92).

Zu den schlechten Nachrichten gehört auch: Auch schon in den älteren Generationen ist das Niveau der Lesefähigkeit in starkem Maße abhängig vom Bildungshintergrund der Eltern – und zwar wesentlich mehr als in allen anderen Ländern außer den USA (S. 112 f.). Dies ist also kein neues Problem, sondern war – wie ja auch in den 1960er und 1970er Jahren schon einmal intensiv diskutiert – offensichtlich schon immer eine Grundschwäche des deutschen Bildungssystems. Diese soziale Ungerechtigkeit stellt auch heute die zentrale Herausforderung für die Gesellschafts- und Bildungspolitik dar.

Bos, W., u. a. (2012): IGLU 2011. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Waxmann: Münster u. a.

Brügelmann, H., Lange, I., u. a. (1994): »Schreibvergleich BRDDR« 1990/91. In: Brügelmann, H./ Richter, S. (Hrsg.) (1994): Wie wir recht schreiben lernen. Zehn Jahre Kinder auf dem Weg zur Schrift. Libelle Verlag: CH-Lengwil (2. Aufl. 1996), 129-134.

Grotlüschen, A./ Riekmann, W. (Hrsg.) (2012): Funktionaler Analphabetismus in Deutschland. Ergebnisse der ersten leo. – Level-One Studie. Waxmann: Münster.

Klieme, E., u. a. (Hrsg.) (2010): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt. Waxmann: Münster.

Lehmann, R. H., u. a. (1995): Leseverständnis und Lesegewohnheiten deutscher Schülerinnen und Schüler. Beltz: Weinheim/ Basel.

OECD & Statistics Canada (ed.) (1995): Grundqualifikationen, Wirtschaft und Gesellschaft. Ergebnisse der ersten internationalen Untersuchung von Grundqualifikationen Erwachsener. Paris/ Ottawa (engl. 1995).

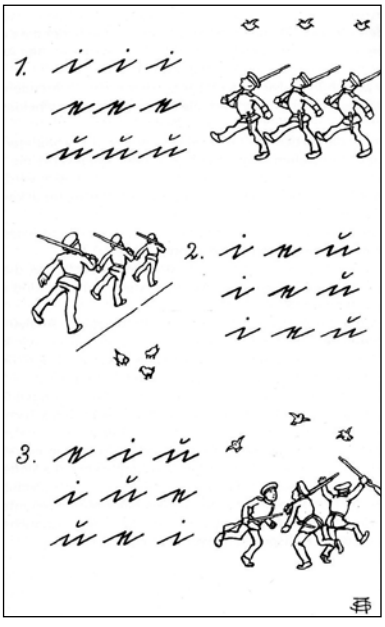
Rammstedt, B. (Hrsg.) (2013): Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Ergebnisse von PIAAC 2012. Waxmann: Münster u.a.

Fritz Gansberg – Reformpädagoge und Demokrat

■ Was hat Fritz Gansberg hier zu suchen? Der Name fällt zurzeit nur im Zusammenhang mit dem gleichnamigen Förderzentrum, über dessen Fortbestand gestritten wird. Wenig bekannt ist: Fritz Gansberg (1871-1950) war ein scharfer Kritiker der kaiserzeitlichen Lehrmethoden und einer der Begründer des modernen Anfangsunterrichts im Lesen und Schreiben. Über den gleichschrittigen, auf Drill ausgerichteten Unterricht seiner Zeit schrieb er 1896 im Bremer Schulblatt:

»Der Art und Weise der Gänsemast
Gleicht ihre Pädagogik fast;
Sie stopft hinein, lockt nichts heraus,
Singvögel werden schwerlich draus.«

1898 entwickelte er sein eigenes Konzept einer Methoden-Integration und schrieb dazu: »Wenn wir mithin zu einer genaueren Betrachtung, Analyse und Synthese, der Wörter veranlassen wollen, so dürfen wir keine gleichmäßigen Lösungen dieser Aufgabe verlangen. Die bisherige Massenarbeit löst sich auf in Gruppen- und Einzelarbeit.« 1904 stellte er im Bremer Lehrerverein (dessen Vorstand er später angehörte) eine neue Fibel als Arbeitsmittel für diese Methode vor. Auf Weisung der Behörde durfte sie nicht verwendet werden. Erst nach der Novemberrevolution von 1918 wurde sie eingeführt. In der Leipziger Lehrerzeitung war 1927 zu lesen: »Wir wissen aus der Entwicklung der letzten 20 Jahre, daß die Geburtsstunde der modernen Fibel auf das Gansbergsche Lesebüchlein ‚Bei uns zu Haus' zurückgeht. Gansberg hat durch die These, die Fibel sei die erste Jugendschrift des Kindes, geradezu umstürzend auf Text und Buchschmuck gewirkt.« j.b.



Erste Seite der Gansberg-Fibel von 1905
Eine Kampfansage gegen den Drill

Lese- und Schreibunterricht heute:

Gegen ideologische Verkürzungen, für Mehrperspektivität und mehr Pluralismus

Prof. Dr. Wolfgang Eichler,
Prof. Dr. Hans Brügelmann

■ In der aktuellen Auseinandersetzung über den Lese- und (Recht-) Schreibunterricht herrscht Verwirrung. Neuerdings stehen vor allem die Methode »Lesen durch Schreiben«, der »Spracherfahrungsansatz« und der Werkstattunterricht, also ein selbstständiges Lernen in einer vorbereiteten Umgebung, in der Kritik, während früher der Fibelunterricht und der systematische Lehrgang pauschal kritisiert wurden. Wir, zwei »altgediente«, fachdidaktisch unterschiedlich orientierte Wissenschaftler mit erziehungs- bzw. sprachwissenschaftlichem Hintergrund, möchten aufklären – und wir können beruhigen: eine »Rechtschreibkatastrophe« in Deutschland, wie u. a. im Spiegel vom 17.6.2013 behauptet, gibt es nicht. Aber es gibt Probleme, die Schule und Didaktik herausfordern.
Vor allem Einseitigkeiten in der Didaktik und ihre Umsetzung in der Praxis einerseits und Missverständnisse bzw. fehlende Fachkenntnisse in der öffentlichen Diskussion andererseits erschweren den Schulen ihre Arbeit. Empirische Studien werden oft nur selektiv wahrgenommen, ihr Geltungsbereich nicht genügend beachtet, die Interpretation ist manchmal wenig sachgerecht. …

Was ist zu tun?

1. Motor für das Lesen- und Schreibenlernen ist für viele das Verfassen eigener Texte, auch in Kommunikation mit anderen, und der Gewinn von Information oder Unterhaltung durch vorgegebene oder selbst gewählte Lektüre: Das Prinzip: »Lesen lernt man durch Lesen« und »Schreiben durch Schreiben« muss erweitert werden durch: »Schreiben lernt man auch durch Lesen« und »Lesen lernt man auch durch Schreiben« – immer verstanden als Übung »im Gebrauch«.
Wie der Erst- und der Fremdspracherwerb bedarf auch der Schriftspracherwerb anregender Modelle, konkreter Rückmeldung und – bei Schwierigkeiten – gezielter Unterstützung. Auf letztere sind besonders die Kinder angewiesen, die von Zuhause wenig schriftsprachliche Anregungen und Erfahrungen mitbringen. Oft genügt eine gezielte Unterstützung, zum Teil ist eine zusätzliche Förderung durch besonders qualifizierte Lehrer/innen erforderlich – wo der Schule die Ressourcen fehlen, auch durch eine externe Lerntherapie.

2. Grundlage der Lese- und Schreibfähigkeit ist die Einsicht in das alphabetische Prinzip der Schriftsprache. Gefördert wird sie im ersten Schuljahr durch das Verschriften eigener Wörter Laut-für-Laut, vorbereitet und für Kinder mit Schwierigkeiten begleitet, durch die gemeinsame Arbeit an – in den Laut-Buchstaben-Korrespondenzen einfach strukturierten – Wörtern (sog. »lautgetreue Schreibungen«), wozu es gute Materialien gibt. Auch das lautierende Erlesen unbekannter Wörter mit einer konkreten Sinnerwartung (»Wörtersack«, »Wickelwörter«) stützt den Erwerb dieser grundlegenden Einsicht. Die Kinder konstruieren in dieser Phase einzelne Wörter immer wieder neu, so dass es – wie beim Laut- und Fremdspracherwerb – zu wechselnden Fehlern und individueller Regelbildung kommt – abhängig von individueller Spracherfahrung und Mundart (im Norden z.B. »Oper« statt »Opa« – wie »Vater«, »Mutter« usw. für »Fata«, »Muta« usw.). Eine frühe Konfrontation mit der Normschreibung (in den unten 3.3 beschriebenen Formen) ist gerade für Kinder mit ausgeprägtem Dialekt und für Migranten mit starker Erstsprache und anderem Lautsystem wichtig, damit sie ihre Äußerungen zunehmend an der Standardsprache orientieren und die richtige Schreibung nicht zu sehr vom Konstruktionsergebnis abweicht.

3. Zu den oft heftig kritisierten Privatschreibungen: Grundsätzlich sind diese lerngenetischen Fehler ein notwendiges Durchgangsstadium im Lernprozess und damit zugleich ein wichtiges diagnostisches Hilfsmittel für den Lernstand: Diese Fehler werden »mit dem Willen des/der Schreibenden« gemacht und sagen aus, was er/sie sich gerade zu dieser Schreibweise denkt: ein Mittel, genau dort unterrichtlich einzugreifen und individuell zu fördern.
Dennoch: Nur in der ersten Phase besteht kein Anspruch an die orthographische Korrektheit von Schreibungen. Den Kindern muss bei ihren Privatschreibungen aber auch schon deutlich gemacht werden, dass es eine Normschreibung gibt, z.B. durch Übersetzung ihrer Texte in »Erwachsenen«- oder »Buch«-Schrift. Je nach individuellem Fortschritt in der alphabetischen Strategie werden zunehmend anspruchsvollere Überarbeitungs-, Forscher- und Übungsaufträge gegeben, die in die Prinzipien der Rechtschreibung und in Rechtschreibbesonderheiten überleiten:

- Suche der richtigen Schreibung ausgewählter Wörter im Wörterbuch
- Nutzung von Strategien der Ableitung (»Wald« – »Wälder«)
- Anwendung von Regeln (»Nach Punkt schreibt man…«)
- Sammeln und Sortieren von Wörtern – z.B. »mit (langem) /i:/«, Formulierung von Faustregeln
- langsame Hinwendung zu einer systematischen Bewusstheit für die Rechtschreibschwierigkeiten der deutschen Rechtschreibung
- regelmäßige Rechtschreibgespräche über schwierige Wörter zur Differenzierung dieses Rechtschreibgespürs
- Einüben eines individuellen Grundwortschatzes, neben den kleinen häufigen Wörtern (und, den, das…) zunehmend auch schwierigerer Wörter.

Diese umfassende Rechtschreibkompetenz bedarf der gezielten Förderung bis zum Ende der Schulzeit. Dann können kompetente Rechtschreiber viele Wörter aus ihrem visuographischen Lexikon und der Schreiberfahrung in der Hand ohne langes Nachdenken richtig schrei-

ben, so dass sie nur bei ganz schwierigen oder fremden Wörtern noch ihr Schulwissen aufrufen, sprich über die Schreibung nachdenken müssen. Denn Rechtschreiblernen ist weithin ein impliziter Prozess unbewusster Regelbildung, auch wenn diese durch entsprechend strukturierte Materialien gestützt werden kann – und sollte.

4. Speziell zum Lesen: Das Textverständnis wird im Prinzip nicht durch lautes, sondern durch leises Lesen gefördert. Am Anfang, in der alphabetischen Phase, wird von vielen Kindern noch (halb-)laut »zusammengelesen«, das verschwindet aber rasch, schon im zweiten Schuljahr. Ansonsten arbeitet man z. B. mit inhaltlichen Fragen und Aufträgen zu Texten, u.a. durch die Vorstellung und Diskussion des Ertrags individueller Lektüre in der Gruppe.
Das laute (Vor-)Lesen dient der Darstellung für andere, ist eine eigens zu übende Zusatzleistung am Ende der Texterarbeitung. Diagnostisch kann das halb-laute Lesen von der Lehrerin genutzt werden für eine genauere Analyse der frühen Lesekompetenz und die Entdeckung von Leseschwierigkeiten. Zur genaueren Diagnostik gibt es entsprechende Tests (Zürcher Lesetest u.a.).

5. Nur kurz zum Verfassen von Texten, weil es nur indirekt in der Kritik steht: Es orientiert sich am Schreibprozess-Modell: Sammeln von Ideen – Strukturierung des Aufbaus – erste Fassung als Fließtext – inhaltliche und sprachliche Überarbeitung – orthographische Korrektur – ästhetische Gestaltung. Rechtschreibung sollte nicht gleich Anspruch an den Spontanentwurf sein, sondern erst an eine spätere Version, vor allem die Endfassung für eine Veröffentlichung. Die Orthografie hat eine dienende Funktion, um Texte für andere leicht lesbar zu machen.

6. Höhere Leistungen (Leseverstehen, Textplanung) setzen voraus, dass Basisleistungen (Worterkennen, Handschrift, Rechtschreibung) geläufig und weitgehend unbewusst erbracht werden können. Eine Automatisierung des Erkennens bzw. Schreibens von Wörtern kann über verschiedene Wege gestützt werden:
- vielfältige Wiederholung, z.B. durch Lesespiele, durch Aufgaben zum raschen Worterkennen;
- richtiges Abschreiben: Anschauen – Verdecken – aus dem Kopf Schreiben – Kontrollieren;
- wiederholtes Schreiben besonders häufiger oder individuell wichtiger Wörter, Sicherung der Richtigschreibung auch durch Festigung von Bewegungsmustern.

Unser Fazit:
Medienwirksame Schnellschüsse sind unangebracht. Unser größtes Problem werden nicht die Konkurrenz von Methoden oder hochgespielte Einzelfälle schlechten Unterrichts sein, sondern der Umgang mit den kulturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft, den geringeren Lern- und Lebenschancen von benachteiligten Kindern und dem demographischen Wandel, der es – über die individuellen Bildungsansprüche hinaus – zur Pflicht macht, kein Kind zurückzulassen.
Für jede Methode gibt es Beispiele erfolgreichen Unterrichts. Dieser setzt allerdings voraus, dass den Lehrpersonen neben den Potenzialen des jeweiligen Ansatzes auch deren spezifische Risiken bewusst sind – und dass sie über das didaktisch-methodische Repertoire verfügen, diese aufzufangen. Damit wird die hohe Bedeutung der Lehrer/innen-Bildung deutlich. Wir schließen uns deshalb der dringlichen Forderung der Deutschen Gesellschaft für Lesen und Schreiben an, dass Seminare zur Schriftsprachdidaktik Pflicht in jeder Studienordnung für das Lehramt Grundschule sein müssen.

Nachdruck aus: »Grundschule aktuell« November 2013

Inklusion – Die Lehrkräfte alleine können es nicht richten

Horst Bartnitzky

Dr. h. c. Horst Bartnitzky
Grundschulpädagoge, langjähriger Vorsitzender und Ehrenmitglied des Grundschulverbandes

■ Wie Inklusion täglich scheitert

26 Kinder in der Klasse. Fünf Kinder sind dabei mit besonderem Förderbedarf – Hören, Sprache, Erziehungshilfe. Zweimal die Woche arbeitet eine Sonderpädagogin mit, Lehrerin für emotional-soziale Förderung, also nach alter Begrifflichkeit Erziehungshilfe. Gelebte Inklusion also?

Die Klassenlehrerin sieht das anders. Die Förderlehrerin ist nur stundenweise dabei, für die Förderung Hören und Sprache hat sie keine Ausbildung, Absprachen sind nur zwischen Tür und Angel möglich. In der meisten Zeit ist die Klassenlehrerin alleine mit den Kindern. Der Junge mit emotional-sozialem Förderbedarf erzwingt häufig ihre volle Aufmerksamkeit, die anderen Kinder müssen dann so zurechtkommen. Und was ist mit den Kindern, die eigentlich ihre Unterstützung und Aufmunterung brauchen – Kinder ohne ausgewiesenen Förderbedarf, die aber auch ihr Recht auf Lernen und Zuwendung haben?

Und was ist mit den didaktischen Projekten, die ihren Grundschulunterricht bisher so lebendig und erfolgreich machten – den Forscherprojekten, den Ausstellungen, den Schreibkonferenzen …? Sie traut sich eigentlich nicht mehr, solche Projekte mit viel Freiraum für die Kinder durchzuführen. Obendrein beklagen sich die Fachlehrerinnen für Englisch und Kunst täglich bei ihr.

»Ich kann das nicht mehr!«, ist immer häufiger der resignative Seufzer.

Gewiss, es gibt die »Leuchttürme« inklusiver Schulgestaltung, Filme, Bücher, Aufsätze. Sie erscheinen vielen in der Ebene der »normalen« Schulen aber als Feiertagspädagogik. Und wer behauptet, Inklusion sei nur eine Frage der pädagogischen Einstellung, ist weit weg von täglicher Schulpraxis.

Was nötig ist

»Die Lehrer sind der entscheidende Faktor für Schulerfolg, nicht die Schulstruktur oder die Klassengrößen.« Diese schon aus Finanzgründen gern gehörte Meinung wird aktuell durch die Hattie-Studie wieder einmal befeuert. Sicher, für eine gelingende komplizierte medizinische Operation ist der kompetente Operateur ein entscheidender Faktor. Nur: In einer Garage und ohne Instrumente wird auch er wenig ausrichten können. Er ist auf Ausstattung und Unterstützung angewiesen, damit sich seine Kompetenz auch auswirken kann.

Nicht anders ist es in der Schule mit den Lehrerinnen und Lehrern. Didaktisch sind Grundschullehrkräfte bestens gerüstet, auch durch die Materialien des Grundschulverbandes, siehe z. B. »Allen Kindern gerecht werden – Aufgabe und Wege«, »Pädagogische Leistungskultur«, »Individuell fördern – Kompetenzen stärken«.

Inklusion kann aber nur gelingen, wenn Ausstattung, Unterstützung und weitere Qualifizierung entsprechend sind. Am Beispiel oben lässt sich zeigen, woran es hapert:

Die Förderlehrkraft: Die Ausbildung der Förderlehrer orientiert sich noch an den Sonderschultypen. Sie muss völlig neu gestaltet werden. Förderlehrerinnen und -lehrer müssen förderkundig sein, egal, welcher Förderbedarf beim einzelnen Kind bestehen mag.

Das Team: Grundschullehrerin und Förderlehrerin müssen ein festes Team in der Lerngruppe sein, das die gesamte Unterrichtszeit miteinander arbeitet, gegebenenfalls ergänzt durch weitere Hilfskräfte.

Die Zeit: Erforderlich ist ein echter Ganztag aus »einem pädagogischen Guss«, um unterschiedliche Lernarrangements möglich zu machen.

Keine Auslese: Fördern findet vor allem integrativ und präventiv statt. An die Stelle der Notenbewertung tritt die pädagogische Leistungskultur.

Supervision: Nicht Schulinspektion, sondern Supervision trägt dazu bei, dass die Lehrkräfte vor dem Ausbrennen bewahrt werden. Sie sollte für eine so anspruchsvolle und für so viele junge Menschen verantwortliche Arbeit wie das Lehrersein ohnehin selbstverständlich werden.

Einige andere Faktoren kommen noch hinzu, wie bauliche und materielle Ausstattung, weitere Qualifizierungen, ein systemisches Selbstverständnis als inklusive Schule.

Dies alles sind keine Neuigkeiten, siehe auch die »Acht Forderungen zur Bildungsgerechtigkeit« des Grundschulverbandes von 2009.

Nein, nun wirklich nicht: Die Lehrerinnen und Lehrer alleine können es nicht richten. Nur mit einem Systemwechsel wird Inklusion zu einem Erfolg für alle.

Nachdruck aus: »Grundschule aktuell« September 2013

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de

Angemessene Besoldung von Schulleitungen auch der Primarstufe!

Rot-Grüne Koalition hält erneut Versprechen nicht ein und benachteiligt bei der Schulreform die Primarstufe

Resolution Bremerhavener Grundschulleitungen

■ Grundschulen treiben seit vielen Jahren wichtige Projekte der Schulentwicklung im Lande Bremen voran. Sie integrieren Kinder mit verschiedenstem Förderbedarf, bauen neue Ganztagsschulen auf, entwickeln moderne Unterrichtsmethoden zum individualisierten Lernen, zum Fördern und Fordern und tragen mit vielen anderen Vorhaben zur Schulreform bei.
Mit dem neuen Schulgesetz 2009 und einer Schulstruktur ohne Förderzentren wurde ein neues Funktionsstellenraster erforderlich und aus diesem Grund von der Deputation für Bildung in Bremen und dem Ausschuss für Schule und Kultur in Bremerhaven verabschiedet. Danach sollen viele Grundschulleitungen Anspruch auf eine Besoldung mit A 14 erhalten. In höheren Schulstufen führten die Beschlüsse bereits dazu, dass in erheblichem Umfang neue Funktionsstellen mit einer Besoldung von A 14 und mehr besetzt werden konnten. Nicht so in der Grundschule.

Diese einseitige Benachteiligung der Primarstufe sollte schon lange durch eine neue Besoldungsordnung beendet werden. Seit mehr als 3 Jahren ist jedoch nichts passiert. Zuletzt hatte die frühere Senatorin Frau Jürgens-Pieper eine Änderung der Besoldungsordnung zum 01.01.2013 versprochen (Brief vom Dezember 2012 an den PR-Schulen in Bremerhaven). Doch dieser Termin verstrich ebenso ergebnislos wie die Zusage des amtierenden Staatsrats für Bildung, für den Verlauf des Jahres 2013 eine Lösung zu erzielen.
Aktuell haben wir erfahren, dass die verkündete Einigung auf der Ebene der Staatsräte Finanzen und Bildung in dieser Sache doch nicht existiert und weiterhin Meinungsverschiedenheiten und Finanzierungsvorbehalte bestehen. Das Jahr 2013 endet in dieser Sache also wieder ohne konkretes Ergebnis. Dieses Hinauszögern unterstreicht nochmals den geringen Stellenwert, welcher der Grundschule im politischen Raum zugedacht wird.

Wir erwarten eine umgehende politische Einigung und Verabschiedung einer neuen Besoldungsordnung, auf deren Grundlage Bremen und Bremerhaven die neuen Funktionsstellenraster anwenden und auch Grundschulleitungen angemessen besolden können.
Eines ist sicher: Neben einer den wachsenden Aufgaben Rechnung tragenden personellen, räumlichen und sachlichen Ausstattung der Grundschulen sind auch gerecht bezahlte und mit genügend Leitungszeit ausgestattete Schulleitungen an Grundschulen von großer Bedeutung. Diese Schulleitungen schaffen weiterhin wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche schulische Arbeit. Die rot-grüne Koalition sollte ihre Versprechen einlösen. Die Rahmenbedingungen für Grundschulen und ihre Schulleitungen sind zügig zu verbessern. Der stetig verkündete Schwerpunkt »Auf den Anfang kommt es an!« muss in die Tat umgesetzt werden.

Auch die Grundschule hat ihren Wert!
Deshalb: Wir fordern den Gesetzgeber auf, umgehend eine Besoldungsordnung zu beschließen, die eine Umsetzung des Funktionsstellenrasters für die Grundschule ermöglicht.
Hierzu fordern wir die Senatorin für Bildung auf, entsprechende unterstützende Initiativen zu ergreifen.

Institut für Chinesische Medizin
DRK Kreisverband Bremen e.V.
Friedrich-Karl-Str. 55 · 28205 Bremen
Telefon 0421 · 699139-0

Barbara Schilling
Ärztliche Leiterin

Dr. Yijun Deng
Chinesischer Mediziner

德国不来梅红十字会

Mehr als Akupunktur ...
unser chinesisch-deutsches Team stellt die persönliche Betreuung in den Mittelpunkt der Therapie.

Wir behandeln:
- Schmerzerkrankungen
- Innere und neurologische Erkrankungen
- Beschwerden ohne organischen Befund
- Orthopädische Beschwerden
- Gynäkologische und psychosomatische Störungen
- Allergien und Hauterkrankungen

Internet www.chinesisches-institut.de

»Wir haben einen unterschiedlichen Blick auf die Zahlen«

Interview mit Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt

■ **BLZ:** *Frau Senatorin, Sie sind jetzt 14 Monate im Amt. Genug Zeit, um die Bedarfe an den Bremer und Bremerhavener Schulen zu ermitteln. Sie sind wesentlich größer als die finanziellen Haushaltsmittel – und das auf lange Zeit. Ist das Thema Bildungsfinanzierung das bisher schwierigste und nervigste Thema Ihrer Amtszeit?*

Eva Quante-Brandt: Bildungsfinanzierung ist immer ein anstrengendes Thema und da gibt es immer unterschiedliche Perspektiven auf die Bedarfe und das, was man hat. Ich kann gar nicht mal sagen, dass das nervig ist. Aus meiner Sicht hat der Senat all das, was er zurzeit kann, auf die Beine gestellt, und insofern finden wir eine Voraussetzung vor, mit der wir sagen können, wir sichern die Unterrichtsversorgung sinnvoll ab.

»Wir gehen davon aus, dass wir die Inklusion mit den Mitteln, die uns jetzt zur Verfügung stehen, erst einmal absichern können«

Haushalt

BLZ: *Die Bürgerschaft hat in den Haushaltsberatungen 4,4 Mio. für neue Ganztagsschulen in der Stadtgemeinde Bremen bewilligt, aber kein Geld für die Ausstattung der Inklusion und der Oberschul-Integration, obwohl hier nach Berechnung des Landesrechnungshofes eine Lücke von ca. 20 Mio. jährlich besteht. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Ergebnis der Haushaltsberatungen?*

Eva Quante-Brandt: Sie sprechen da von einer Lücke. Wir haben eine Lücke in diesem Ausmaß nicht identifiziert. Insofern haben wir hier einen unterschiedlichen Blick auf die Zahlen. Wir gehen davon aus, dass wir die Inklusion mit den Mitteln, die uns jetzt zur Verfügung stehen, erst einmal absichern können. Wir wissen alle, dass wir bei der Inklusion auch im Prozess lernen, und ob das auf Sicht auch die Mittelausstattung ist, die wir brauchen, das wird sich zeigen. Aber gegenwärtig sind wir der Auffassung, dass es eine Ausstattung ist, mit der die Inklusion auch sachgerecht umgesetzt werden kann.

»Wir wissen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt ein Problem haben«

BLZ: *Auf unserem Gewerkschaftstag haben Sie zugesagt, mit uns zusammen noch einmal alles durchzurechnen.*

Eva Quante-Brandt: Wir müssen uns miteinander verständigen. Das machen wir auch mit dem Personalrat und mit den Schulen, wir sind in einem Dialog. Aber gleichzeitig müssen wir auch wissen, welche Rahmenbedingungen wir vorfinden, und wir können nicht davon ausgehen, dass wir diese Rahmenbedingungen grundlegend verändern können.

BLZ: *In Bremerhaven haben 7000 SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern mehr Neueinstellungen für die Schulen gefordert. Wird es eine erhöhte Zuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven geben?*

Eva Quante-Brandt: Wir haben eine Aufteilung der Mittel von 80:20, an dieser grundlegenden Verständigung über die Aufteilung wird sich erst einmal nichts ändern.

BLZ:. *In der letzten Deputationsvorlage, die sich auf den Bericht des Landesrechnungshofs bezieht, wird für 2014 ein Bedarf für Inklusion und Oberschul-Entwicklung von 414 Stellen berechnet und diesem Mehrbedarf eine »demographische Rendite« von 331 Stellen gegenübergestellt. Der Rückgang der SchülerInnenzahl um 6,7% seit 2010 wird dabei einfach linear heruntergerechnet. Die Zahl der Klassenverbände ist aber nur um 1,9% gesunken, und die entscheidet in erster Linie über den Bedarf.*

Eva Quante-Brandt: Wir sind von dieser Modellrechnung ausgegangen. Wenn sich die demographische Rendite nicht in dem Umfang einstellt, dann muss man das politisch neu bewerten. Das ist völlig klar. Und das werden wir dann auch tun.

Inklusion

BLZ: *Viele Lehrkräfte in Inklusionsklassen sind frustriert. Der Grundgedanke »jedes Kind soll seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden«, so klagen sie, wird bei den immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen ad absurdum geführt. Was sagen Sie den KollegInnen?*

Eva Quante-Brandt: Diese negative Zusammenfassung höre ich so nicht. Es gibt einzelne Stimmen, die generelle Kritik formulieren, und es wird gesagt, wir müssen zu viel im Prozess selber lernen. Aber insgesamt ist die Position: Ja, wir wollen das und wir können das. Wir haben die Weiterqualifizierung zu SonderpädagogInnen jetzt begonnen, darüber bin ich sehr froh. Das wird die sonderpädagogische Kompetenz in den Schulen erhöhen. Wir wissen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt ein Problem haben. Alle Bundesländer suchen nach SonderpädagogInnen. Die Ausgangssituation in Bremen ist aufgrund der hier vorhandenen Erfahrungen mit Integration und Kooperation im Vergleich nicht die schlechteste.

BLZ: *Der Prozess ist in den Oberschulen erst zur Hälfte gelaufen. In den nächsten drei Jahren brauchen wir noch einmal wenigstens genauso viele SonderpädagogInnen in den Oberschulen, wie jetzt angekommen sind.*

Eva Quante-Brandt: Ich gehe davon aus, dass wir mit unserer Weiterbil-

dung ganz gut den Bedarf an sonderpädagogischer Kompetenz erfüllen können. Dabei können auch Engpässe auftreten. Wir werden ReferendarInnen mit sonderpädagogischer Kompetenz bevorzugt auswählen. Wir werden auch an der Universität den Schwerpunkt Inklusion stärken.

BLZ: *Aber das wirkt alles erst auf längere Sicht.*

Eva Quante-Brandt: Wir haben in der Weiterbildung 36 Lehrkräfte und werden diesen Zyklus dreimal durchführen, d.h. wir werden langfristig 108 zusätzlich sonderpädagogisch weiterqualifizierte Lehrkräfte haben. Eng werden kann es im kommenden Schuljahr, weil die Weiterbildung noch nicht abgeschlossen ist. Parallel stellen wir natürlich auch SonderpädagogInnen ein. Und durch die Auflösung der Förderzentren werden auch noch SonderpädagogInnen in das allgemeinbildende System übergehen. Wenn man sich auf einen neuen Weg begibt, entstehen dabei natürlich auch Ungleichzeitigkeiten und Probleme. Das ist normal. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass von Seiten der Lehrkräfte die Inklusion in Frage steht. Und wir müssen natürlich versuchen, Gelingensbedingungen herzustellen.

»Eng werden kann es im kommenden Schuljahr, weil die Weiterbildung noch nicht abgeschlossen ist«

Unterrichtsvertretung

BLZ: *Ein großes Thema ist dabei die Zuverlässigkeit im täglichen Unterricht. In allen Schulen gibt es extreme Engpässe bei der Unterrichtsvertretung. Auf unserer Vertrauensleute-Versammlung vor Weihnachten haben KollegInnen berichtet, dass sie morgens zwei Klassen gleichzeitig beaufsichtigen müssen. Sie haben auf dem Bremer GEW-Gewerkschaftstag zugesagt, dieser Frage nachzugehen. Was sind Ihre Ergebnisse?*

Eva Quante-Brandt: Bei der Vertretung, besonders im sonderpädagogischen Bereich, ist es eng. Das ist wahr. Wir sind gerade in der Diskussion, wie wir auch in der Vertretung mehr Sicherheit bieten können. Deshalb haben wir als Senat auch noch einmal extra eine Million jährlich für Vertretung beschlossen. Das hilft uns in dieser Situation.

»Bei der Vertretung, besonders im sonderpädagogischen Bereich, ist es eng. Das ist wahr«

Oberstufe

BLZ: *Ein aktuelles schulpolitisches Thema ist die Oberstufe. In den nächsten Jahren werden aufgrund der Umstellung auf das Abitur nach 13 Jahren in den Oberschulen weniger SchülerInnen nach der 9. Klasse in die GyO wechseln: Wie wollen Sie dieses Problem lösen?*

Eva Quante-Brandt: Wir haben den Weg gewählt, dass in den Regionen, in denen diese Situation eintritt, sich die Schulen über ein Angebot verständigen, das sie vorhalten. Dass sie sich darüber abstimmen und austauschen, wo welche Klassen und Kurse stattfinden. Sie sollen sich unterstützen, wenn die Gefahr auftritt, dass eine Oberstufe nicht mit der SchülerInnenzahl belegt wird, die sie braucht. Für das nächste Schuljahr haben wir meiner Meinung nach einen vernünftigen Lösungsvorschlag entwickelt.

»Wir müssen für alle SchülerInnen ein Oberschul- und Oberstufen-Angebot vorhalten«

BLZ: *Das löst noch nicht das Problem, dass Oberschulen, die keine Oberstufe haben, abgekoppelt sind.*

Eva Quante-Brandt: Das ist richtig. Und deshalb müssen wir den Verbund-Gedanken stärken. Oberstufen und Oberschulen arbeiten im Verbund miteinander. Es muss noch einmal deutlicher gemacht werden, dass es keine höhere Wertigkeit beinhaltet, eine gymnasiale Oberstufe zugewiesen bekommen zu haben. Das kann man nur über die Verbund-Lösung klären. Wir müssen für alle SchülerInnen ein Oberschul- und Oberstufen-Angebot vorhalten.

Arbeitsbelastung und Mitbestimmung

BLZ: *Die Arbeitsüberlastung in den Kollegien ist groß. Entlastung ist ein Gebot des Gesundheitsschutzes. Wo sehen Sie Entlastungsmöglichkeiten?*

Eva Quante-Brandt: Wir haben das Gesundheitsmanagement und die Angebote des LIS. Beide werden von den Schulen genutzt, weil es sich um Angebote handelt, die sich auf das tägliche Handeln beziehen.

BLZ: *Überlastung entsteht gerade auch im Zusammenhang mit der Oberschul-Entwicklung und der Inklusion. Da gab es zu Beginn bei der Bildung der Jahrgangsteams Entlastungsstunden. Wie wird das jetzt weitergeführt?*

Eva Quante-Brandt: Die Entlastungsstunden für die Jahrgangsteams waren u.a. dafür gedacht, Material zu entwickeln. Daher sind sie jetzt reduziert.

BLZ: *Eine weitere Situation, in der Überlastung entsteht, ist der Berufsanfang. Und ausgerechnet dort, im dritten und vierten Jahr, müssen die Lehrkräfte eine Stunde mehr unterrichten (die sogenannte U-50-Stunde).*

Eva Quante-Brandt: Ich weiß, dass der Lehrerberuf anstrengend ist. Aber es gibt bei uns im Moment keine Diskussion darüber, diese Stunde abzuschaffen. Dafür haben wir nicht die Ressourcen.

BLZ: *Viele schulorganisatorische Prozesse waren in den letzten Jahren durch einen Top-down-Stil geprägt. Sehen Sie nicht die Zeit gekommen, mehr demokratische Beteiligungsrechte einzuführen?*

Eva Quante-Brandt: Mein Führungsstil ist auf jeden Fall nicht auf Top-down angelegt, sondern auf Beteiligung und Dialog. Und die Ergebnisse, die dabei entstehen, werden dann auch zur Maxime des Handelns gemacht.

Hochschulen

BLZ: *Hohe Studierendenzahlen sind im Land Bremen politisch gewollt. Bei der Ausstattung an den Hochschulen geht es in die andere Richtung. Kürzungen in der Lehre sollen trotz massiver Kritik umgesetzt werden. Wie gehen Sie mit der Empörung vieler betroffener MitarbeiterInnen um?*

Eva Quante-Brandt: Zwischen dem, was man befürchtet, und dem, was eintritt, besteht manchmal auch eine Diskrepanz. Wir wollen die hohen Studierendenzahlen im Rahmen des Hochschulpaktes halten. Im Rahmen der Wissenschaftsplanung werden

wir darstellen, in welcher Höhe Studienplätze aus der Grundfinanzierung realisiert werden können. Wir haben die Situation, dass wir für die hohen Zahlen die Mittel haben, aber nicht in der Grundfinanzierung. Und darüber diskutieren wir an der Universität und an den Hochschulen. Ich denke, die 2,4 Mio. jährlich, die wir für 2014 und 2015 zusätzlich bekommen haben, werden auch zu einer Entlastung in der Lehre führen. Ich finde, wir haben für den Hochschulbereich einiges erreicht.

BLZ: *Mit dem Erreichten sind die Beteiligten aber bei weitem nicht zufrieden.*

Eva Quante-Brandt: Wir haben zusätzlich neun Millionen Euro für die Bausanierung erreicht, die Tarifsteigerungen werden erstmalig wieder in den Haushalt eingestellt, sodass sie nicht aus der Grundfinanzierung genommen werden müssen. Das sind enorme finanzielle Zuwächse, die uns für 2014 und 2015 gelungen sind. Weiterhin ist die Exzellenz finanziert und auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind abgesichert. Das ist viel, aber wenn ich im Lehramt studiere und ein volles Seminar vorfinde, dann macht mich das in meiner konkreten Situation nicht froh. Das kann ich auch verstehen. Aber ich sage trotzdem: Wir haben viel erreicht.

»Mein Führungsstil ist auf jeden Fall nicht auf Top-down angelegt, sondern auf Beteiligung und Dialog«

BLZ: *In der Hochschule Bremen gab es Szenarien, nach Auslaufen des Hochschulpaktes die Zahl der Studierenden drastisch zurückzufahren. Sind die mit den Haushaltsbeschlüssen vom Tisch?*

Eva Quante-Brandt: Wir sind jetzt gerade in der Wissenschaftsplanung bis 2020. Wir verständigen uns mit den Hochschulen über ihre Perspektive. Die Hochschule Bremen hat im letzten Jahr mit ihrem STEP formuliert, in welchen Bereichen sie gegebenenfalls Studierendenzahlen absenken muss. Es kann sein, dass es dazu kommt. Wir werden in bestimmten Bereichen entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats fragen müssen: Wo haben wir ein zu stark ausdifferenziertes Master-Angebot? Aber wir haben im Moment überhaupt nicht die Zielperspektive einer starken Absenkung der Studierendenzahlen.

»Wir wollen die hohen Studierendenzahlen im Rahmen des Hochschulpaktes halten«

Berufsbildung

BLZ: *In diesem Jahr stehen wieder die »Bremer Vereinbarungen« zur Verbesserung der Lehrstellensituation an. Die Unternehmerverbände argumentieren dort mit der »fehlenden Ausbildungsreife« vieler Jugendlicher. Wie beurteilen Sie dieses Argument und mit welchen Forderungen gehen Sie in diese Verhandlungen?*

Eva Quante-Brandt: Erstens kann man konstatieren, dass wir in diesem Jahr einen leichten Rückgang der Ausbildungsplätze im Land Bremen haben. Er fällt geringer aus als im Bundesvergleich, aber wir haben einen Rückgang. Das muss man den Betrieben spiegeln. Zweitens argumentiere ich gegenüber der Handelskammer und der Handwerkskammer und auch in den Verhandlungen zur »Bremer Vereinbarung« immer, dass man die jungen Menschen, die man hat, zu einem Ausbildungsabschluss führen muss. Und das heißt, dass die Anstrengungen der Betriebe ebenso ansteigen müssen, wie die Anstrengungen der Schulen. Natürlich müssen die Schulen sich auch immer wieder fragen: Mit welchen Kompetenzen und einzelnen Fertigkeiten schicken wir die SchülerInnen aus der Schule?
Die Vermittlung von Grundbildungselementen muss im Ausbildungsprozess fortgesetzt werden. Wenn Sprachdefizite oder Defizite im mathematischen Verständnis festgestellt werden, dann müssen die Betriebe und die Berufsschulen sich darüber verständigen, wie Nachlernprozesse organisiert werden können sowohl in der Schule als auch in der betrieblichen Ausbildung. Das ist mein Verständnis von dualer Ausbildung.

BLZ: *Vielen Dank für das Gespräch.*

Die Fragen stellten
Karsten Krüger und Jürgen Burger

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Sonnige Zeiten?

Nur in einer intakten Umwelt können Kinder sich entfalten und positive Zukunftsperspektiven entwickeln: terre des hommes hilft Kindern in Not weltweit mit Projekten zum Schutz ihrer Gesundheit und der Umwelt.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende!

www.tdh.de

Klassenfahrten
Ostfriesland – Nordsee – Inseln
5 Tage Halbpension ab 99,00 €

Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseltouren, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor

Sie buchen – wir organisieren alles Weitere!

Jugendwerk Brookmerland
Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27
www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

Für den Erhalt und den Ausbau der Rahmenbedingungen für Inklusion

Landesfachgruppe Inklusive Schule & Sonderpädagogik

■ Gemäß § 3(4) des Schulgesetzes haben die bremischen Schulen den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Nachdem sich die Bremer Grundschulen schon vor vielen Jahren auf diesen Weg begeben haben, nehmen auch die Oberschulen seit einiger Zeit Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten (LSV) auf.

Damit die Integration dieser Kinder gelingen kann, wurde von der Bildungsbehörde für die zu bildenden sogenannten Inklusionsklassen (I-Klassen) folgender Ressourcenrahmen zur Verfügung gestellt:

- In den I-Klassen sollen bis zu 22 Kinder unterrichtet werden, davon maximal 5 Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf LSV (17 + max. 5 = max. 22).
- Für jede I-Klassen ist ein Klassenlehrerteam, bestehend aus Regel- und Sonderschullehrkraft zuständig.
- Im Umfang von 15 Unterrichtsstunden fördert und unterrichtet die Sonderschullehrkraft in Doppelbesetzung mit im Unterricht der I-Klasse.
- Mit den möglichen weiteren Stunden erteilt die Sonderschullehrkraft Fachunterricht im Jahrgang.
- Außerdem erhält jede Oberschule als weitere Funktionsstelle innerhalb der Schulleitung eine ZuP-Leitung, die möglichst mit einer Sonderschullehrkraft besetzt werden soll.
- Viele Oberschulen erhalten einen Sozialarbeiter, der speziell für die Probleme der Kinder mit besonderen Bedarfen zuständig ist.
- Da das Tätigkeitsfeld der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen die Bereiche Unterricht, Beratung und Diagnostik umfasst, wurden jeweils 2 Stunden für Beratung und Diagnostik zugesagt.

Mit diesen Rahmenbedingungen stiegen die Lehrkräfte an den Oberschulen optimistisch in den Inklusionsprozess ein. Ähnlich wie in den Grundschulen, die seit Jahren unter den mangelhaften Rahmenbedingungen, insbesondere der fehlenden sonderpädagogischen Unterstützung, leiden, gibt es auch an zahlreichen Oberschulen konkrete Hinweise, dass die oben genannten Mindestbedingungen nicht mehr gelten:

- Seit dem Schuljahr 12/13 gibt es nicht mehr eine Sonderschullehrkraft pro I-Klasse, sondern die Sonderpädagogikstunden werden zusammen gezählt und auf alle I-Klassen an der Schule verteilt.
- Es gibt nicht mehr in allen I-Klassen Klassenlehrerteams aus Regel- und Sonderschullehrkraft.
- Die Sonderschullehrkräfte können kaum noch eigenständigen Unterricht im Jahrgang erteilen, Fachunterricht in anderen Jahrgangsstufen ist inzwischen auch üblich.
- In nicht mehr allen I-Klassen finden 15 Unterrichtsstunden in Doppelbesetzung durch den Sonderschulklassenlehrer statt.
- Als Doppelbesetzung in den I-Klassen zählt oft inzwischen die Anwesenheit einer weiteren Regelschullehrkraft, eines Sozialpädagogen oder einer pädagogischen Mitarbeiterin.
- Außerdem gibt es an vielen Oberschulen I-Klassen mit mehr als 22 Kinder, in den meisten Fällen ohne weitere Stundenzuweisungen. Es gibt sowohl Klassen mit 6 oder 7 Kindern mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf, Klassen mit 18 oder 19 Regelschülern und auch Kombinationen aus beidem.
- An allen Grund- und Oberschulen sind die Sonderschullehrkräfte mit ihrer gesamten Unterrichtsverpflichtung im Unterricht eingebunden. Zeit für Beratung und Diagnostik ist nicht vorgesehen.
- Die für die Förderung der Kinder mit erhöhten Bedarfen erforderliche Doppelbesetzung wird an vielen Schulen – auch langfristig – für Vertretungsunterricht aufgehoben.

Der Grundgedanke der Schulen und der dort stattfindenden inklusiven Beschulung: «Jedes Kind soll seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden« wird mit den Verschlechterungen der Rahmenbedingungen ad absurdum geführt. Es droht nicht nur die inklusive Beschulung in den Oberschulen, sondern das Modell »Oberschule« insgesamt zu scheitern: Die Lehrkräfte können weder den Kindern gerecht werden, die sie auf die gymnasiale Oberstufe vorbereiten wollen, noch können sie die Kinder mit besonderen Bedarfen angemessen fördern. Dass die Akzeptanz der inklusiven Beschulung in den Schulen und auch in der Öffentlichkeit durch diese Verschlechterungen weiter sinkt, sei nur am Rande erwähnt.

Die GEW-Landesfachgruppe »Inklusive Schule und Sonderpädagogik« erwartet eine sofortige Rückkehr zu den oben beschriebenen Mindestbedingungen der inklusiven Beschulung.

Zu den besonderen Bedingungen der Inklusion in Grundschulen:

In den Grundschulen Bremens werden Schülerinnen und Schüler im Bereich LSV seit Jahren inklusiv beschult. Bis heute gibt es für diese Arbeit keine verbindlichen Rahmenbedingungen und keine festgelegten Standards.

Wir fordern deshalb, dass auch für die inklusive Beschulung im Primarbereich in Anlehnung an die o.g. Vorgaben für die Oberschulen verlässliche Ressourcenrahmen zur Verfügung gestellt werden.

Nur so kann der Auftrag des Schulgesetzes in allen Schulen umgesetzt werden mit einem Unterricht, der allen Schülerinnen und Schülern von Klasse 1 bis 10 gerecht werden kann.

Für die Landesfachgruppe:
Siebo Donker, Gunhild Rustrat, Rudolf Siemer

■ Am 30. Dezember war im Weser-Kurier unter dem Titel »Was das neue Jahr für Bremen bringt« zu lesen:
»Eins steht – so hoffen die Bildungspolitiker – 2014 nicht an: Eine Diskussion um die Lehrerversorgung. Zwar sind viele Interessenverbände mit der Ausstattung immer noch nicht zufrieden, mit zusätzlichen Mitteln im Haushalt sollte aber zumindest die grundlegende Unterrichtsversorgung nun abgedeckt sein.«

Haushalt 2014/2015

Warum die Bremer Schulen einen Nachtragshaushalt von 20 Mio.€ jährlich brauchen

Jürgen Burger

Offensichtlich haben die Autoren dieses Artikels die Erklärungen des Senats für bare Münze genommen und weder den Bildungshaushalt gelesen noch den Bericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis genommen, der schon 2012 einen Mehrbedarf von 20 Mio. jährlich für die Bremer Schulen attestierte. Der Senat verfährt nach der Devise, die schon Heinrich von Kleist in den »Regeln des französischen Journalismus« entlarvt hat:
»Was man dem Volke dreimal sagt, das glaubt es.«
Aber die Behauptung, es gebe jetzt »mehr« für die Schulen wird auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Ein Nachtragshaushalt von 20 Mio. jährlich ist das Minimum, wenn auch nur die aktuelle, höchst unzureichende Versorgung aufrechterhalten werden soll. Aufgabe der »Interessenverbände« (GEW, ZEB, GSV u.a.) wird es sein, in den nächsten Monaten schlüssig in der Öffentlichkeit nachzuweisen, dass von einem »Mehr« für die Schulen nicht die Rede sein kann.

1. Die »Schippe drauf« war keine
Nach seinem Beschluss über die Haushaltseckwerte hatte der Senat im April 2013 verkündet, es werde 7,5 Mio. mehr für die Schulen geben. Schon damals hatte die GEW das bezweifelt. Und tatsächlich bezog sich das »Mehr« ausschließlich darauf, dass die vorherige Bildungssenatorin von Seiten des Rathauses und der Finanzsenatorin drastische Kürzungsauflagen erhalten hatte, die der neuen Senatorin zum größeren Teil erlassen wurden. Im Haushaltsanschlag finden wir jetzt bei den Personalausgaben des Bildungsressorts 291,5 Mio. für 2014 und 288 Mio. für 2015. Das bedeutet gegenüber 2013 (291,9 Mio.) eine Kürzung um 3,9 Mio. oder 1,3%. Trotz dieser Kürzung weist der Haushaltsanschlag für 2015 gegenüber 2013 eine leicht erhöhte »Beschäftigtenzielzahl« auf: Sie soll um 54 Stellen von 4913 auf 4972 ansteigen (wobei in dieser Zahl nicht nur die Lehrkräfte erfasst sind). Diese Prognose stützt sich u.a. darauf, dass aufgrund der Altersstruktur viele Beschäftigte über 55 den Schuldienst verlassen und die Neueingestellten, denen vor acht Jahren die Eingangsbesoldung abgesenkt wurde, weniger verdienen.

2. Mittel für neue Ganztagsschulen – aber nicht für neues Personal
Kurz vor der Verabschiedung des Haushaltes beschlossen die Fraktionen von SPD und Grünen, dass weitere Ganztagsschulen eingerichtet werden sollen, obwohl schon jetzt eine ausreichende Grundfinanzierung der Schulen nicht gesichert ist. Im Haushalt wurden bei den investiven Mitteln 1,05 Mio. für 2014 und 1,45 Mio. für 2015 neu eingestellt. Die Grundschulen Rechtenflether Str., Delfter Str., Witzlebenstr., Borgfeld und In der Vahr sollen zu offenen, die Stader Str. in eine gebundene Ganztagsschule umgewandelt werden. Außerdem werden dafür im Jahr 2015 0,83 Mio. an konsumtiven Mitteln eingeplant. Keinerlei Niederschlag findet der Ganztagsschul-Beschluss der Fraktionen bei den Personalausgaben, sie verbleiben bei 291,5 bzw. 288 Mio. Das alte Leiden bei den Ganztagsschulen wird in die Zukunft fortgeschrieben: Es wird gebaut, es werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet, aber die reguläre Personalversorgung fehlt. So baut man neue potemkinsche Dörfer für die Statistik und die Selbstdarstellung in Wahlprogrammen.

3. Der Mehrbedarf für die Inklusion und den Aufbau der Oberschulen wird nicht gedeckt
Der Landesrechnungshof hatte im April 2012 festgestellt, dass die Umsetzung der 2008-2010 beschlossenen Maßnahmen bei Einhaltung der damals festgelegten Parameter (Klassenfrequenz von max. 25 in der Oberschule und von 17+5 in Inklusionsklassen, 3 Lehrerwochenstunden sonderpädagogischer Förderbedarf für 6% der SchülerInnen) einen Mehrbedarf von ca. 20 Mio. jährlich hervorruft. Das Rathaus und die Senatorin für Finanzen haben diesen Bericht immer totgeschwiegen, nur die GEW und das »Bündnis für Bildung« haben die dort genannten Zahlen aufgegriffen. Jetzt, nach Abschluss der Haushaltsberatungen, geht die Senatorin für Bildung in einer Deputationsvorlage (G 99/18) auf den Rechnungshof ein und bestätigt, dass der Mehrbedarf für Inklusion und Oberschul-Entwicklung 414 Stellen im kommenden und 442 Stellen im übernächsten Jahr beträgt. Rechnet man diese Stellen in Geld um, so entsprechen sie der vom Rechnungshof genannten Summe von ca. 20 Mio.

4. Rechenkunststücke der Behörde: Die »demographische Rendite«
Diesem anerkannten Mehrbedarf stellen die Autoren der Deputationsvorlage einen Minderbedarf im Umfang von 354 bzw. 419 Stellen durch die »demographische Rendite« gegenüber, sodass nur noch ein Fehlbedarf von 60 Stellen errechnet wird. Gemeint ist mit dieser »Rendite« eine geschätzte Kürzungsmöglichkeit durch den Rückgang der SchülerInnenzahl. Dabei gestehen sie selbst ein: »Für die Ermittlung der demographischen Rendite gibt es kein anerkanntes oder abgestimmtes Berechnungsverfahren«. Und nach Prüfung aller Zahlen bestätigen sie ihre eigene Einschränkung: Ihre Berechnung kann nicht nachvollzogen werden.
Seit dem von ihnen gewählten Basisjahr 2009/10 hat sich die SchülerInnenzahl folgendermaßen entwickelt:

Entwicklung der SchülerInnenzahl

Stadtgemeinde Bremen, öffentliche Schulen

	2009/10	2013/14	Veränderg.	In %
allgemeinb.	49504	46308	-3196	-6,40%
berufsb.	21050	19531	-1519	-7,20%
gesamt	70554	65839	-4715	-6,70%

Quelle: Schulstatistik der Bildungsbehörde

Die Beschäftigtenzielzahl des Jahres 2010 betrug 4941 Stellen. Zieht man hiervon linear 6,7% ab, so ergibt das für 2014 ein Kürzungspotenzial von 331 Stellen (und nicht, wie von der Behörde – wahrscheinlich auf Weisung der Senatorin für Finanzen – beziffert, 354 Stellen).

5. Warum die »demographische Rendite« ein betriebswirtschaftliches Luftschloss ist

Jedoch lässt sich ein solcher SchülerInnenrückgang bei Betrachtung der schulischen Realität nicht linear auf den Lehrkräftebedarf umrechnen. Eine Klasse, die zwei SchülerInnen weniger hat, kann nicht mit der Parallelklasse zusammengelegt werden. Und sie kann auch nicht 8% weniger Unterricht erhalten, als in der Stundentafel vorgesehen ist. Die Entwicklung der Klassenverbände zeigt daher ein anderes Bild, als die allgemeine Entwicklung der SchülerInnenzahl:

Aufgrund der genannten Faktoren ist die Zahl der Klassenverbände also trotz der geringeren SchülerInnenzahl in den allgemeinbildenden Schulen kaum gesunken. Hieraus ergibt sich folgende korrigierte Rechnung: Für die allgemeinbildenden Schulen betrug die Beschäftigtenzielzahl im Jahr 2010 3904 Stellen. Bei einem Rückgang der Klassenverbände um 1,9% kann also höchstens ein Minderbedarf von 74 Stellen in Rechnung gestellt werden. Im Berufsschulbereich beträgt die »Rendite« bei damals 1037 Stellen höchstens 69 Stellen. In der Summe ergibt das 143 und nicht – wie von der Behörde behauptet – 354 Stellen. D.h. 211 Stellen Mehrbedarf sind in der Behördenrechnung spurlos verschwunden.

6. Die »PEP-Quote«: 108 Stellen wurden schon gestrichen

Allerdings macht das Bildungsressort in derselben Deputationsvorlage gegenüber dem Finanzressort geltend, dass durch die »PEP-Quote« bereits 108 Stellen gekürzt wurden und daher ein Fehlbedarf von 168 Stellen bestehe (108+60). Addiert man zu dieser Behördenzahl die »verschwundenen« 211 Stellen, so beträgt der reale Fehlbedarf 379 Stellen. Demgegenüber erhält das Bildungsressort nach den Senatsbeschlüssen vom April nur 96,5 Stellen finanziert. Der »Rest« (laut Behörde 72, laut Gegenrechnung 283 Stellen) soll durch Umverteilungen im Ressort erbracht werden.

7. Fazit der Berechnung

Mit ihrer Deputationsvorlage rechnet sich die Bildungsbehörde die Welt schön. In Wirklichkeit fehlen selbst unter Berücksichtigung des SchülerInnen-Rückganges mindestens 283 Stellen. Das sind in Geld umgerechnet ca. 14 Mio. jährlich. Hierbei ist noch nicht einmal die dringend nötige Aufstockung der unzureichenden Vertretungsreserve mit einberechnet. Außerdem fehlt die künftige Regelversorgung der neuen Ganztagsschulen.

Eine weitere Schönrechnung besteht in der Aussage: »Im investiven Bereich sind im Wesentlichen keine Kosten angefallen.« Der Rechnungshof hat 2012 nachgewiesen, dass der bis 2016 veranschlagte Investitionsbedarf von 22 Mio. jährlich weit überschritten wird (2011 betrug er 67 Mio.). Es kann also angesichts der geplanten Um- und Neubauten im Zusammenhang mit der Oberschulentwicklung ohne Übertreibung von einem Mehrbedarf von jährlich mindestens 6 Mio. ausgegangen werden. Und damit wäre die von Rechnungshof veranschlagte Summe von 20 Mio. auch aktuell bestätigt.

Entwicklung der Klassenverbände

Stadtgemeinde Bremen, öffentliche Schulen

	2009/10	2013/14	Veränderg.	In %
allgemeinb.	2054	2014	-40	-1,90%
berufsb.	1018	953	-65	-6,30%

Quelle: Schulstatistik der Bildungsbehörde

Demo am 04.12.2013

Hilfreiche Entlastung oder zusätzliche Bürokratie?

Diskussionsbeitrag auf dem Hearing der Grünen zum Thema: Mehr Eigenverantwortung an Schulen

Bernd Winkelmann

■ Für mich stellt sich die Frage: Warum laden die Grünen im Jahre 2013 zu einer Veranstaltung ein, die sich mit dem Nutzen von »Eigenständigkeit« für Schulen im allgemeinbildenden Bereich befasst? Dazu ist es naheliegend, sich die Situation im Schulbereich anzusehen. Nur daraus lässt sich eine Antwort finden.

Zur Situation

Mit der Novellierung des Schulgesetzes von 2009 sind alle Schulen im Bundesland Bremen verpflichtet, sich zu »inklusiven Schulen« zu entwickeln. Das bedeutet:

- die Grundschule ist am weitesten fortgeschritten, was Erfahrungen, Strukturentscheidungen und Unterrichtsentwicklung angeht, sieht sich jedoch durch höchst unterschiedliche Lernausgangslagen herausgefordert;
- in der Sekundarstufe 1 erfolgt aufwachsend die Einführung der Oberschulen bei gleichzeitigem Vorhalten einer Gymnasialquote;
- die Sekundarstufe IIa erreichen Schüler/innen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit der Maßgabe, bundesweiten Standards gerecht werden zu müssen.

Die Gesamtentwicklung ist eingerahmt durch eine prägnante Armutssituation, durch einen gebremsten Ausbau von Ganztagsschulen, die eigentlich zur Inklusion gehören, durch notwendigerweise hohe Fortbildungsanstrengungen des Personals (siehe Altersverteilung), durch Umstellung der Lehrer/innenausbildung, die erst in den Folgejahren wirksam wird, und durch eine weitere besondere Anforderung. Einerseits muss individualisierter Unterricht entwickelt werden und andererseits, parallel dazu, besteht die Herausforderung, eine wertschätzende Schulkultur in einer deutlich vielfältigeren SchülerInnen- und MitarbeiterInnenschaft zu etablieren. Die Entwicklung ist erwartungsgemäß nicht ohne Widersprüche (Diskussion um Fritz-Gansberg-Schule) und steht unter Erfolgsdruck (Bundesländervergleiche).

Die daraus resultierende, eigentliche Frage lautet:

Kann die Idee der Eigenverantwortung den Prozess der Einführung eines inklusiven Schulsystems unterstützen?

(Insofern ist der als Frage formulierte Untertitel der Veranstaltung zu allgemein).

Da in der Einladung zu dieser Veranstaltung ausdrücklich Bezug genommen wird auf die Erfahrungen berufsbildender Schulen, ist es sinnvoll, die dort bearbeiteten Handlungsfelder, also die Unterrichts-, die Organisations-, die Personal- und die Qualitätsentwicklung für die Einschätzung dieser Fragestellung zu Rate zu ziehen.

Ein Blick auf diese Kriterien zeigt, dass es im Grunde genommen und zugespitzt um eine Sache geht, nämlich die Personalfrage, da in allen drei anderen Handlungsfeldern mit Blick auf die Schulen ein hohes Maß an Eigenständigkeit existiert:

- nimmt man allein die Organisationsformen der Grundschularbeit (Jahrgangsklassen, JüL 1+2 und 3+4 oder 1-4), so bekommt man eine Ahnung von der realen Bandbreite der Unterrichtsentwicklung;
- sieht man die intensive Arbeit von Steuergruppen und die zunehmende Einrichtung erfolgreicher Teamstrukturen, ist deutlich, dass die »Organisation« Schule in Bewegung ist;
- und betrachtet man die Vielfalt der Möglichkeiten und damit verbundenen Chance zur Eigenständigkeit, die im sog. »Stadionmodell« niedergelegt sind, so gibt es auch hinsichtlich der Qualitätsentwicklung wenige Hürden, sich selbständig auf den Weg zu machen. Insofern läuft es auf die Personalentwicklung zu. Die nochmals zugespitzte Frage lautet demnach:

Kann die Idee der Eigenverantwortung im Handlungsfeld »Personalentwicklung« bei der Einführung eines inklusiven Schulsystems hilfreich sein?

Um diese Frage beantworten zu können, muss man die Personalstruktur bei den Lehrkräften des Landes zur Kenntnis nehmen: Bei der Altersverteilung spricht man von einem »Altersberg« und einem »Jugendhuckel«, durch die Föderalismusreform und die »Liberalisierung« der Wechselmöglichkeiten zwischen den Bundesländern stehen wir in einer spürbaren Konkurrenzsituation, aus den Anforderungen der Inklusion wird der Bedarf an Fachlichkeit nicht geringer (MINT-Fächer) und die benötigte Anzahl von KollegInnen mit Spezialqualifikationen (So-Päd) höher – und es werden MitarbeiterInnen gebraucht, die durch ihre Haltung einen inklusiven Prozess erst ermöglichen.

Wenn »Eigenverantwortung« die Lösung sein soll, dann müssten folgende Problembereiche positiv beantwortet werden:

Die Schulen können durch mehr Eigenständigkeit:

- in der Konkurrenz um Lehrkräfte zu den anderen Bundesländern besser bestehen – trotz Festlegung der Besoldungstabellen durch die Bürgerschaft;
- die notwendige Zahl neuer Lehrkräfte einwerben – obwohl sie keinen Einfluss auf Ausbildungskapazitäten an der Uni oder im Referendariat haben;
- sich die benötigten Qualifikationen (und Haltungen) für ihr Schulprogramm aussuchen – obgleich das Angebot mit der Nachfrage nicht mithält; Kommt man zurück auf die **Ausgangsüberlegung**, warum die Grünen im Jahre 2013 eine derartige Veranstaltung durchführen, so gibt es je nach Verbundenheit zur Partei unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten:
- man vergewissert sich der unterschiedlichen Situation im allgemein- und berufsbildenden Bereich, nimmt insbesondere die Einführungsmodalitäten der »Eigenstän-

digkeit« in der Sek IIb zur Kenntnis (10-Jahres-Prozess, ESF-Mittel) und kommt hinsichtlich der Übertragungsmöglichkeiten unter dem Aspekt der »Personalentwicklung« zu einem negativen Ergebnis; oder

- man folgt der ideologischen Figur neoliberaler Denkmuster und drückt aus grundlegenden Überzeugungen dieses Modell durch; oder
- man sieht die aktuelle Finanzsituation in Kontrast zu den Anforderungen eines selbst verabschiedeten Schulentwicklungsprozesses, merkt, dass dies nicht übereingeht und lenkt durch ein »neues Thema« ab bzw. klammert sich an jeden Strohhalm oder verschiebt die Verantwortung aus Verzweifelung an die Einzelschule.

Alles in allem:
Viel mehr als »mehr Eigenständigkeit« benötigen wir ein Personalentwicklungskonzept, das die Steuerung des Gesamtsystems absichert. So wie »Inklusion« nicht in die Entscheidungsfreiheit der Einzelschule gestellt wird, so müssen auch die personellen Bedingungen zur Umsetzung dieses Anspruches für die Gesamtheit des Schulsystems geregelt werden. Es geht nicht darum, dass die Schnellsten im begrenzten Pool ausgebildeter PädagogInnen sich den Vorteil sichern, sondern dass alle Schulen eine abgesicherte und verlässliche Personalsituation vorfinden.

Beschluss der GEW Bremen vom November 2007

■ **Die GEW hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Stärkung der pädagogischen Selbstständigkeit der einzelnen Schulen ausgesprochen.** Dabei geht es darum, das pädagogische Handeln vor Ort den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen, neue Lehr- und Lernformen zu erproben, die Rhythmisierung des Schultages zu gestalten, neue Formen der Rückmeldung jenseits von Ziffernzeugnissen zu entwickeln usw. Wesentliche Voraussetzung für pädagogische Selbstständigkeit ist eine demokratische Schulkultur, in der alle Beteiligten über die Entwicklungsschritte real mitbestimmen. Weitere wesentliche Voraussetzungen sind ausgebaute Unterstützungssysteme, die die Schulen auf ihrem Weg zu mehr pädagogischer Selbstständigkeit beraten und begleiten sowie ein gesicherter materieller Rahmen, insbesondere im Hinblick auf die ausreichende Versorgung mit qualifiziertem Personal.
Die Bildungsdeputation hat am 12.9.2007 auf Antrag der Senatorin für Bildung die Ausschreibung eines Pilotprojekts »Eigenverantwortliche Schule (EVS)« beschlossen.
Für acht Modellschulen im allgemeinbildenden Bereich sollen durchschnittlich je 7,5 Lehrerwochenstunden und insgesamt 193.000 Euro bereitgestellt werden. In der Anlage über die Rahmenbedingungen heißt es lapidar: »Den Rahmen für die Umsetzung des Projektes bilden die novellierten Schulgesetze …«.
Mit den Schulgesetzen der Großen Koalition, dem Abbau von Personal in den Schulen und in den Unterstützungssystemen sowie der Flut von bürokratischen Verordnungen sind in den letzten Jahren Rahmenbedingungen etabliert worden, die eine pädagogische Schulentwicklung massiv behindern.
Die jetzige Ausschreibung des Pilotprojekts hat wenig mit den Vorstellungen zu einer demokratischen und dezentralen Schulentwicklung zu tun. Voraussetzung für einen Dialog wären zunächst die Rücknahme wesentlicher entdemokratisierender Vorschriften des Schulverwaltungsgesetzes und eine in den Kollegien zu verankernde inhaltliche Debatte über Verbesserungen im Schulbetrieb. Ein Pilotprojekt ohne eine Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes, bei fortwährendem Abbau der Unterstützungssysteme und ohne zusätzliches Personal dient nicht oder kaum der Erweiterung pädagogischer Selbstständigkeit sondern der betriebswirtschaftlichen Dezentralisierung.
Die Schulleitungen sollen bisherige Aufgaben der Bildungsbehörde übernehmen, ohne dafür entsprechend ausgestattet zu werden und ohne dass die Gesamtkonferenzen und Personalausschüsse vor Ort sowie die personalrätlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt werden. Unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen verstärkt sich so der Druck auf die Schulen, Drittmittel einzuwerben und Personal zu Dumpinglöhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen einzustellen.

Aus Sicht der GEW ist eine entscheidende Voraussetzung für eine Stärkung der Selbstständigkeit die demokratisch orientierte Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes. Leitbild sollte dabei nicht die Schulleitung als betriebswirtschaftlich orientierter »Filialleiter« einer Schule sein, sondern eine demokratische Schulgemeinde, die von einer pädagogischen, kollegialen Schulleitung als »Erste unter Gleichen« geführt wird. Die Wiederherstellung der Rechte der Konferenzen einschließlich des Votums bei der Schulleiterfindung ist dabei unverzichtbarer Bestandteil.

Die GEW empfiehlt den Kollegien, diese Überlegungen sowie die vom Personalrat Schulen herausgegebene »Checkliste Eigenverantwortliche Schule« und die darin enthaltenen Fragen insbesondere zu den Arbeitsbedingungen in ihre Diskussion und Entscheidung über die Teilnahme an dem Modellversuch einzubeziehen.

Privatisierung im Erziehungs- und Bildungswesen in Griechenland

Vortrag von Prof. Alexandra Ioannidou (Athen)

■ Was sich in den letzten Monaten in Griechenland im Bereich Bildungswesen abspielt, könnte meines Erachtens durchaus »die Chronik eines angekündigten Todes« genannt werden. Die Bildungsreform, die heute in Griechenland in sehr intensiver Form und im Eiltempo durchgesetzt wird, hätte eigentlich viele Jahre zuvor stattgefunden, wäre da nicht das Hindernis der griechischen Verfassung, und zwar des Artikels 16 derselben, das unter anderem besagt: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei, wobei ihre Entwicklung und Förderung Staatspflicht ist.« »Alle Griechen haben ein Recht auf kostenfreie Bildung in allen ihren Stufen, in staatlichen Bildungseinrichtungen.« Und weiter: »Die Hochschulbildung wird ausschließlich von Einrichtungen angeboten die juristische Personen öffentlichen Rechtes mit voller Selbstverwaltung sind.« Ferner: »Die Gründung von Hochschulen seitens Privatpersonen ist verboten.«

Trotz dieser gesetzlichen Vorkehrungen der Verfassung ist in den letzten 3 Jahren, und zwar seitdem sich die Finanzkrise in Griechenland auf das Intensivste entfaltet hat, der öffentliche und unentgeltliche Charakter der universitären Bildung und überhaupt der Bildung in Griechenland abgebaut worden. …

Der Bologna-Prozess

Die Umgestaltung der europäischen Hochschullandschaft wird von den meisten Kollegen, die sich mit dem Thema beschäftigen, spätestens mit dem Bologna-Abkommen vom Jahre 1999 ausgemacht – als alle europäische Bildungsminister gemeinsam die vermeintliche Harmonisierung des Bildungswesens in Zielsetzungen und entsprechenden Maßnahmen beschlossen. … *»Hemmungslos schleudert eine Anti-Bildungs-Bildungsreform ihre Plastikwörter – Exzellenz, Kompetenz, Effizienz, Modularisierung und so weiter und so fort – hervor, und eine teils eingeschüchterte, teils sympathisierende Rektoren- und Professorenschaft setzt sie in die Wirklichkeit um«* beschrieb Ulrich Beck die Situation an den deutschen Hochschulen in der Frankfurter Rundschau vom Juni 2010 und kündigte sogleich an: *»Was zwei Weltkriege nicht geschafft haben, könnte Bologna erreichen: die deutsche Universität zu zerstören«….*

Die Umsetzung der oben genannten Präferenzen ist in Griechenland nun genau zu beobachten. Was Griechenland von den anderen Ländern jedoch unterscheidet, ist die Schnelligkeit mit der die Reformen herbeigeführt werden – innerhalb von weniger als einem Jahr werden von oben herab und ohne Rücksicht auf die Meinung der akademischen Gemeinde, ohne jegliche Beachtung der Folgen auf die Erziehung aber auch auf die Forschung und nicht zuletzt ohne jegliche Rücksichtnahme auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten Maßnahmen verheerenden Ausmaßes getroffen. Für die Schnelligkeit und Entschiedenheit der aufeinanderfolgenden Gesetzesverabschiedungen, Regulierungen, Bestimmungen usw., für die völlige Ignorierung des Grundgesetzes berufen sich alle zuständigen Politiker auf das Dringende der finanziellen Lage Griechenlands in der Krise. Die Notwendigkeit Gelder zu ersparen, die »Krise«, dient ihnen als Alibi, um in der Bildungspolitik Maßnahmen zu ergreifen, die sonst unmöglich wären und vor allem monate- wenn nicht jahrelange Diskussionen und Debatten gebraucht hätten. … Ich glaube nicht, dass die Krise der Auslöser der Katastrophe im griechischen Bildungswesen ist, sondern dass die Krise einfach als Vorwand für das schnelle und möglichst widerstandslose Herbeiführen längst getroffener und in anderen Ländern seit Jahren implementierter Entscheidungen dient. …

Die Auswirkungen

Mit dem Anfang der Krise und dem Beginn der Gehalts- und Pensionskürzungen in Griechenland gab es massenhafte Pensionierungsanträge und Rücktritte im gesamten öffentlichen Dienst in Griechenland und somit auch im Bildungsbereich. Zählt man den nun seit zwei Jahren anhaltenden Einstellungsstopp hinzu, kann man verstehen, warum für das Jahr 2012 allein im Grundschulbereich 10.000 Lücken entstanden. Die Antwort auf diesen Riesenbedarf an qualifizierten Lehrern für die Grundschulen war für 2012 lediglich die Genehmigung von 40 Einstellungen! In diesem Winter hat die Kombination von Ölpreiserhöhung und Kürzungen zu Schließungen von Schulen in Westmakedonien geführt, an Tagen an denen die Temperaturen stark fielen – bei Temperaturen von -15 Grad fehlte das Heizöl. Im Hochschulbereich wiederum galt für mehr als zwei Jahre quasi ein Einstellungsstopp, zumal jede Einstellung fünf Rücktritten, Pensionierungen oder gar Entlassungen entsprechen sollte. Dieser Prozentsatz wurde Anfang dieses Jahres auf 1 zu 10 verdoppelt. Im Moment warten über 850 gewählte Hochschul-Lehrkräfte schon im dritten Jahr auf ihre Einstellung – 2012 wurde niemand eingestellt. Für 2013 und 2014 soll keine einzige Einstellung im administrativen Bereich stattfinden. Der höchste Lohn eines Universitätsprofessors beträgt heutzutage 1750 Euro netto, während der neu antretende promovierte Lektor nicht mehr als 900 Euro monatlich verdient. Das vielleicht krasseste Beispiel stammt vom 12. Dezember vorigen Jahres, als, nachdem die Rektoren sich weigerten, Namen von zu entlassenden Administrativfachkräften dem Ministerium abzugeben, der Minister willkürlich etliche Namen von der

zentral gehandelten Kompensationsdatei über das Wochenende löschen ließ! Hierzu sei vermerkt, dass solche Akte der Administration illegal sind –und den betroffenen Beamten zynischerweise empfohlen wurde, vor Gericht zu ziehen, – die Mindestwartezeit für einen Urteilsspruch in einem solchen Fall beträgt im besten Fall ohnehin um die 2.5 Jahre – eine Zeitperiode, in der das gewünschte makroökonomische Bild schon erreicht sein wird.

Natürlich werden alle Kürzungen und Maßnahmen der Troika zugeschoben. Zugleich und aus Anlass der daraus resultierenden Verarmung jedoch wurden im Rahmen des Hochschulprojektes »Athina«, ganze 154 Hochschulinstitute von einem Tag auf den anderen komplett geschlossen und/oder mit anderen Instituten vereinigt, viele in Kilometer weit entfernten Orten gelegen. Was geschieht nun in Wirklichkeit, oder, eher, wozu führt das Ganze? Parallel zu den hunderten von ähnlichen Maßnahmen im gesamten Bildungswesen sieht das mittelfristige Memorandum für die Jahre 2013-2016 die komplette Liberalisierung der privaten Bildungsindustrie vor, unbeachtet der Verfassungsklauseln! Privatunternehmern ohne jegliche Qualifizierung im Erziehungsbereich steht es nun frei, private Grundschulen, Gymnasien, Hochschulen zu eröffnen. Parallel dazu werden die Rektoren von Administrativkonsilien ersetzt, die aufgefordert werden, mehr als 50% der früheren Mittel für das Überleben der Institutionen selber aufbringen zu lassen. Die komplette Privatisierung des gesamten Bildungswesens steht nun ins Haus.

Persönliches:

Letztes Jahr musste meine ältere Tochter in den Kindergarten. Ich wählte einen Privatkindergarten in der Nähe unserer Wohnung und erfuhr, dass wir monatlich 600 Euro zu zahlen hatten. Für beide Kinder würde das fast meinen gesamten Monatslohn als Universitätsprofessorin bedeuten (ich bekomme monatlich netto 1435,- Euro). So wandte ich mich an den öffentlichen Kindergarten. Ich erfuhr, dass dort das Geld für Material und kulturelle Veranstaltungen nicht ausreichte. So hatte die Elternschaft beschlossen, eigenes Geld für diese Kosten auszugeben – 300 Euro jährlich je Kind. Akzeptabel aber kennzeichnend für ein System das in sich zusammensinkt… Wer in Deutschland würde so eine Vereinbarung eingehen? Nächstes Jahr muss ich mich für die Einschulung entscheiden. Privat- oder öffentlich? Statistische Daten lassen mir nicht viel Hoffnung: Während die Gelder für öffentliche Bildung radikal herabgesetzt werden, drängen sich immer mehr Schüler in immer weniger Schulen mit immer weniger Lehrern. Die 30–Schüler-pro-Klasse Grenze (die schon gewaltig hoch ist) ist in den meisten Schulen längst überschritten. Kunst und Sportaktivitäten werden entweder radikal oder ganz abgebaut. Mit einer einzigen Ministerialentscheidung ließ man vor zwei Monaten 40 Musikschulen schließen, auch die Grundlagen für Sonderpädagogik werden abgeschafft. Hinzu kommt das gewaltige und nicht zu unterschätzende Eindringen der Neonazis in die Schulen: laut Klagen von Elternorganisationen sind die meisten Schülerkonzilien in den Schulen des westlichen Athens von Chrysi-Avgi-Anhängern regelrecht beherrscht und der Trend geht aufwärts. Wohin wird das alles führen? Meines Erachtens kommt es bald zu folgendem Bild: Schülermäßig überbevölkerte und lehrermäßig unterbesetzte öffentliche Schulen gegenüber sehr teuren Privatinstitutionen, die eine Elite der wenigen Ausgebildeten den Massen der wenig Gebildeten entgegensetzen. Eine radikale Umwandlung des sozialen Gefüges mit Ausweitung der sozialen Unterschiede. Auf der einen Seite Schüler, die von den sich vermehrenden Wohltätigkeits-Küchen zum Essen abhängig sind gegenüber Schülern, deren Eltern trotz Krise in der Lage sind, 1000 bis 1500 Euro je Kind monatlich hinzulegen, damit sie den Qualitätssturz des öffentlichen Bildungssystems umgehen können. …

Die Frage ist nun: WAS TUN?

Hier möchte ich anmerken, dass wir Griechen uns endlich im Klaren darüber sein müssen, dass die Zerstörung des öffentlichen Charakters der Bildung, dass die de facto und inzwischen auch de jure »Kommerzialisierung des Wissens« kein alleiniges griechisches Krisenphänomen ist. Es ist ein paneuropäisches Phänomen und als solches soll es auch verstanden und bekämpft werden. Auf jeder Bildungsstufe haben sich inzwischen Akademikerinitiativen auf gesamteuropäischer Ebene organisiert, die Bildung vor allem als soziales und nicht als kommerzielles Gut ansehen wollen, die sie als MENSCHENRECHT betrachten, und sich bestimmte Maßnahmen erkämpfen wollen, damit diese katastrophale Entwicklung endlich gestoppt wird. Gemeinsam mit anderen Europäern müssen wir in Griechenland, dem Land mit den geringsten Ausgaben für Bildung und den höchsten für Waffen, eine demokratische, humanistische, übergreifende und öffentliche Bildung jetzt erkämpfen! Das Bologna-Abkommen und die damit zusammenhängenden Regulierungen und Gesetze sollen schleunigst revidiert und auf gesamteuropäischer Ebene annulliert werden. Gesundheit und Bildung sollen als Grundrechte verstanden und von den Staaten zur Verfügung gestellt werden.

Athen/Berlin, den 28.02.2013

Griechenland im Widerstand gegen die Troika

Solidarität mit den Betroffenen – für ein anderes Europa

Referate, Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kultur
Gewerkschaftshaus Bremen, Bahnhofsplatz 22 - 28,
Samstag 15.2.2014, 14 - 21 Uhr
Veranstalter: attac Bremen

»Bestie Mensch« oder »Die kalte Präzision der Eisenbahn«

■ Zwei oder drei Morde auf offener Bühne – doch glücklicherweise nur an Puppen. Das bietet das »Theater am Leibnizplatz« seit dem 20.11.2013 in dem Stück »Bestie Mensch« nach einem Roman von Emile Zola. Die Befremdung oder Begeisterung, je nachdem was man erwartet, beginnt schon beim ersten Blick auf die offene Bühne. Das Bühnenbild ist sensationell auf eine Präzisionsmechanik getrimmt und vermittelt durch zwei Gleise und eine stilisierte Lokomotive die Vorstellung, dass hier die Eisenbahn eine Hauptrolle spielen soll. Die Einstimmung auf das Stück ist gründlich und verdankt Sebastian Kautz und Gero John mit ihrem minutiös einstudierten Vorspiel, dass ein begeistertes Staunen keine Langeweile aufkommen lässt. Letzterer bereitet mit seinem Violoncello souverän und mit einfühlsamer Musik das Publikum auf das Kommende vor. Danach sind die Puppen im Spiel. Sie sprechen und gestikulieren, dass es eine wahre Freude ist. Diese Methode ist aus den Karnevalsauftritten bekannter Künstler dem geneigten Publikum wahrscheinlich vertraut. Den Dialog mit einer Puppe praktizieren ansonsten viele Bauchredner. Hier aber ist das Ganze dramatisch überhöht. Zwar wird nicht »bauchgeredet«, sondern die Künstler sprechen durch den Mund der Puppen, wobei in der Fantasie des Zuschauers die Puppen die eigentlichen Spieler sind, die das gesprochene Wort lebendig werden lassen. Die Faszination geht so weit, dass man nur das Spiel der Puppen wahrnimmt und den dahinter wirkenden Schauspieler glatt vergisst. Das ist gelungenes Theater im Theater. Die dargestellte Geschichte, also der »Plot«, ist von ergreifender Schlichtheit. Ein Stationsvorsteher der Eisenbahn, kenntlich an der roten Mütze, ist mit einer Frau verheiratet, die ihn betrügt. Schon in jungen Jahren mit dem Präsidenten der Eisenbahn, später mit einem Geliebten, der zusätzlich ins Spiel kommt. Zuerst wird der Betrug aufgedeckt, dann folgt die Rache. Allerdings geht es auch ums Geld. So wird zunächst der Präsident der Eisenbahn gemeuchelt und beraubt, danach auch alle restlichen Puppen erstochen oder erhängt oder sonst wie zu Tode gebracht. Die Dialoge sind von ergreifender Schlichtheit, fesseln aber gerade dadurch den Zuschauer. Emile Zola ist ja auch nicht irgendwer, sondern ein begnadeter Zeitzeuge, der, fasziniert von der Präzision und Determiniertheit des Räderwerks einer Lokomotive im aufkommenden Eisenbahn-Zeitalter, die Romanvorlage für dieses Stück verfasst hat. So schlicht die Handlung des Stückes auch ist, dem Eindruck des Puppenspiels kann man sich nicht entziehen. Es ist Faszination pur, was die beiden Schauspieler und die anderen am Stück beteiligten Personen mit dieser Aufführung erzielen. Die Zuschauer dankten es mit lang anhaltenden Beifall, der bezeichnenderweise erst nach einer Schweigeminute ausbrach. Anzumerken ist noch, dass diese Produktion (»FigurenTheaterLive MusikSchauspiel«) durchaus mobil ist und sowohl in Theaterräumen als auch in Schulen mit offener Bühne aufgeführt werden kann. Diese Möglichkeit ist gleichfalls »faszinierend« und wird daher eindringlich empfohlen.

Ferdinand Berghorn

Die GEW gratuliert zum Geburtstag

im Januar 2014

Siegfried Wirth
94 Jahre, Bremen

Paula Buecking
93 Jahre, Bremen

Tamen Köhler
89 Jahre, Bremen

Dorothea Schweingruber
87Jahre, Bremen

Hans-Stefan Seifriz
87 Jahre, Bremen

Marie Luise Rugen
83 Jahre, Bremen

Ursula Helmke
78 Jahre, Bremen

Heinrich Bredehorst
78 Jahre, Achim

Luise Stern
78 Jahre, Bremen

Maria Schulz
77 Jahre, Bremen

Jörg Wollenberg
77 Jahre, Bremen

Ingeborg Frank
77 Jahre, Bremen

Horst Drinkuth
76 Jahre, Bremen

Helmut Kirchner
76 Jahre, Bremen

Jutta Mücke
76 Jahre, Bremen

Eckehard Wohlfahrt
76 Jahre, Lilienthal

Hans-Dieter Vogt
75 Jahre, Stuhr

Klaus Liebe Harkort
75 Jahre, Lilienthal

Ursula Siebold
74 Jahre, Bremen

Herwig Wanke
74 Jahre, Ritterhude

Dieter Heilbronn
74 Jahre, Bremen

Erich Nikolai
73 Jahre, Bremen

Gerda Peters
73 Jahre, Bremen

Frauke Roscher
73 Jahre, Bremen

Anne Kristin Duden-Hunerlach
72 Jahre, Bremen

Uwe Pätz
72 Jahre, Bremen

Volker Arnold
72 Jahre, Bremen

Rudolf Hickel
72 Jahre, Bremen

Ulrich Thiemann
71 Jahre, Bremerhaven

Stefan Schafheitlin-Derstadt
71 Jahre, Bremen
Adam Zurek
70 Jahre, Bremen

Gisa Göbel-Werner
70 Jahre, Bremen

Helga Werner
70 Jahre, Bremen

Rita Liebelt
70 Jahre, Bremen

Renate Scholl
70 Jahre, Lohne

Gertrud Schmeling
69 Jahre, Gnarrenburg

Hartmut Hopf
69 Jahre, Bremen

Gerd Battefeld
69 Jahre, Bremen

Gudrun Spitta
69 Jahre, Bremen

Hans Jürgen Kröger
67 Jahre, Bremen

Ilona Holz
67 Jahre, Bremen

Ursel Töpfer
67 Jahre, Bremerhaven

Frauke Joester-Rykena
67 Jahre, Bremen

Wilfried Tapper
67 Jahre, Bremerhaven

Evelyn Platte
67 Jahre, Bremen

Klaus Treptow
67 Jahre, Achim

Franz Peter Chmielewski
67 Jahre, Lilienthal

Eberhard Holstermann
67 Jahre, Bremen

Hans-Werner Friehe
67 Jahre, Bremen

Margrit Haupenthal
66 Jahre, Bremerhaven

Irene Löffler
66 Jahre, Bremen

Gerhard Stark
66 Jahre, Bremen

Hartmut Boehme
66 Jahre, Bremen

Eckhard Probst
66 Jahre, Bremen

Hans-Peter Nicolai
66 Jahre, Rosenhagen

Sabine Hein
65 Jahre, Bremen

Günther Grün
65 Jahre, Bremerhaven

Hannelore Schmidt-Schumacher
65 Jahre, Bremen

Agnes Kondering
65 Jahre, Bremen

Detlef Reschke
65 Jahre, Bremerhaven

Dietlind Willer
65 Jahre, Bremen

Heidrun Knof-Zeidler
65 Jahre, Bremen

Reinhard Gollub
65 Jahre, Bremen

Rainer Hartmann
65 Jahre, Bremen

Brigitte Gerlach-Ohk
65 Jahre, Bremen

Wolfgang Nerlich
65 Jahre, Bremen

Klaus Peter Zyweck
65 Jahre, Bremen

Ute Bönsel
65 Jahre, Bremen

Uwe Kempf
65 Jahre, Lilienthal

Hans Heinrich Fries
65 Jahre, Bremen

Virgilia Kramer-Poepsel
65 Jahre, Bremen

Walter Rokita
65 Jahre, Lilienthal

Achim Ehrenberg
65 Jahre, Bremen

im Februar 2014

Herbert Raatz
89 Jahre, Bremen

Marianne Maslo
89 Jahre, Bremen

Gisela Drekmann
87 Jahre, Bremen

Heinz Helmut Claussen
85 Jahre, Bremen

Walter Link
84 Jahre, Bremerhaven

Wilhelm Quante
83 Jahre, Bremen

Herbert Scholz
82 Jahre, Schwanewede

Rudi Koch
80 Jahre, Bremen

Dieter Lueking
78 Jahre, Bremen

Gerold Decker
77 Jahre, Achim

Fritz-W Pluemer
77 Jahre, Bremen

Hermann Cordes
77 Jahre, Bremen

Sönke Hundt
76 Jahre, Bremen

Heinz Freiberger
76 Jahre, Bremerhaven

Ernst Thienken
75 Jahre, Bremen

Jürgen Rudloff
75 Jahre, Bremerhaven

Margarete Plath
75 Jahre, Bremen

Dietrich Lemberg
73 Jahre, Stuhr

Enno Arends
73 Jahre, Bremen

Peter Kammradt
73 Jahre, Bremerhaven

Anette Lehmensiek
72 Jahre, Worpswede

Uwe Mögling
72 Jahre, Bremerhaven

Heiko Neuendorff
72 Jahre, Schiffdorf

Brunhilde Rogall
72 Jahre, Langen

Achim Sauerland
72 Jahre, Bremerhaven

Gerald Psczolla
71 Jahre, Cappel

Hans-Henning Ueter
71 Jahre, Berne

Brigitte Lückert
71 Jahre, Bremerhaven

Juergen Soeken
71 Jahre, Bremen

Celestina Endlich
71 Jahre, Bremerhaven
Ruediger Gerlach
70 Jahre, Bremen

Brigitte Neuendorff
70 Jahre, Schiffdorf

Heidi Hähnel
70 Jahre, Bremen

Petra Hassenpflug
70 Jahre, Bremen

Brigitte Zschille
70 Jahre, Bremerhaven

Heidrun Hogenkamp
69 Jahre, Weyhe

Wilfried Lüdemann
69 Jahre, Bremerhaven

Wilfried Eitmann
69 Jahre, Bremen

Elke Lundgren
69 Jahre, Bremen

Manfred Polzin
69 Jahre, Bremen

Joachim Stueber
69 Jahre, Bremen

Renate Dehne
68 Jahre, Delmenhorst

Rosemargret Jost
67 Jahre, Bremerhaven

Michael Bugiel
67 Jahre, Bremen

Renate Eckenroth
67 Jahre, Bremen

Gabriele Brejla
67 Jahre, Bremen

Juergen Matthess
67 Jahre, Bremen

Hanne Zech
67 Jahre, Bremen

Ursula Uhlich
67 Jahre, Drangstedt

Ingo Mittrowann
67 Jahre, Bremerhaven

Karin Filzen
67 Jahre, Bremen

Heidemarie Sommerfeld
66 Jahre, Bremen

Annette Henze-Colonna
66 Jahre, Paris

Margret Wünscher
66 Jahre, Bad Bederkesa

Hermann Komar
66 Jahre, Bremen

Werner Begoihn
66 Jahre, Bremerhaven

Anita Matthiessen
66 Jahre, Bremerhaven

Maria Rüppell
66 Jahre, Bremen

Holger Heine
66 Jahre, Langen

Hans-Dieter Nessmann
66 Jahre, Bremen

Rolf Muenchen
65 Jahre, Loxstedt

Margot Geiger
65 Jahre, Bremen
Heiner Budde
65 Jahre, Bremerhaven

Michael Dörfler
65 Jahre, Bremen

Hans-Heinrich Katzenberger
65 Jahre, Bremen

Christiane Fritzler
65 Jahre, Holste

Eleonore Kuppe
65 Jahre, Bremen

Ruth Overbeck-Hellwing
65 Jahre, Bremen

Ursula Boyer-Korff
65 Jahre, Weyhe

Christa Bachmann-Nikolaides
65 Jahre, Bremen

Christine Loos
65 Jahre, Bremen

Eva Jander
65 Jahre, Bremen

Heidemarie Voß
65 Jahre, Bremen

Detlef Rebehn
65 Jahre, Bremen

Wolfgang Löwer
65 Jahre, Lilienthal

Buchtipps zusammengestellt von Ingrid Emmenecker

Zusammenwachsen von Kita und Grundschule

Isabel Sievers (Hrsg.)

Lern- und Bildungsprozesse in Kindertagesstätte und Grundschule gemeinsam gestalten

Brandes & Apel, Frankfurt 2013, 17,90 €

Bildungshäuser stehen für das Zusammenwachsen von Kita und GS. So soll den Kindern der Übergang von der einen in die andere Institution erleichtert werden. Außerdem kann durch jahrgangsübergreifende Lernangebote besser auf die individuellen Stärken und Schwächen der einzelnen Kinder eingegangen werden. Am Beispiel des Bildungshauses Emmenthal (Niedersachsen) für Kinder von 0 bis 10 Jahren werden positive Effekte, Chancen, aber auch Herausforderungen dieses neuen Konzeptes untersucht. Der Band zeigt die alltägliche pädagogische Arbeit auf und bietet Empfehlungen für die Praxis.

Wege zum selbständigen Lernen

Sandra Kroll-Gabriel

Lerncoaching in der Grundschule Trainingsbausteine und Unterrichtsideen

Oldenbourg-Verlag, München 2013, 19,50 €

Das Lernmaterial (Kopiervorlagen) vermittelt Lerntechniken und Lernstrategien und bereitet Schritt für Schritt auf die Anforderungen der weiterführenden Schulen vor. Die Materialien lassen sich nacheinander als Lehrgang oder einzeln verwenden. Wichtig ist, dass in beiden Fällen zuvor der Lerntypentest durchgeführt und einzeln besprochen wird.Auch die Zusammenarbeit mit den Eltern ist von Bedeutung, denn die Sicherung der Lerninhalte findet zum Teil auch zu Hause statt. Der Band enthält eine Vielzahl motivierender Materialien zum »Lernen lernen« und vermittelt Wissen zu den Themen Heftführung, Hausaufgabenmanagement, Referate und Klassenarbeiten vorbereiten, Hilfe zur Selbsthilfe und vieles mehr.

In der heutigen Welt zurechtfinden …

Holger Arndt/Eberhard Jung

Ökonomische Bildung in der Primarstufe

Joachim-Herz-Stiftung,

Frankfurt 2013, 19,90 €

Die Verankerung ökonomischer Bildung in der Primarstufe wird seit einigen Jahren intensiv und durchaus kontrovers diskutiert: Mit diesem Buch legen die Professoren Holger Arndt und Eberhard Jung nun erstmals eine Expertise zu den vorhandenen fachdidaktischen Konzepten, nationalen Bildungsstandards und den curricularen Ländervorgaben vor. Die beiden Experten für ökonomische Bildung bieten eine umfassende Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Implementierung ökonomischer Bildung in der Primarstufe aus pädagogischer und didaktischer Perspektive. Im ersten Teil des Buches werden dazu bildungstheoretische Grundlagen gebündelt und Konzeptionen zur ökonomischen Bildung analysiert – auch mit Blick auf die Kompetenzanforderungen an die Lernenden. Im zweiten Teil mündet die Expertise in eine systematische Analyse der Curricula der 16 Bundesländer.

Aufschlagen, durchlesen, kopieren …

Juliane Stubenrauch-Böhme

Die schnelle Stunde Französisch

Auer-Verlag, Donauwörth 2012, 17,50 €

Kurzfristig eine Vertretungsstunde: Mit diesen 30 Unterrichtsstunden hat man schnell das Richtige parat. Durch den klaren Aufbau, witzige Zeichnungen und Angaben zu Klassenstufen., Zeit und Varianten ist man schnell vorbereitet für eine interessante und lehrreiche Stunde. Die Ideen sind abwechslungsreich und immer auf eine Schulstunde angelegt, zum Teil erweiterbar auf eine Doppelstunde. Die Autorin ist Gymnasiallehrerin für Deutsch, Französisch und Spanisch; Referentin in der Lehrerfortbildung. Weitere Titel in dieser Reihe: 55 Stundeneinstiege Französisch, Die schnelle Stunde Spanisch, 55 Stundeneinstiege Deutsch, 55 Stundeneinstiege Spanisch, Die schnelle Stunde Deutsch. Gedacht für die Sek-Stufen I und II.

Wie war das noch mal? Einfach und effektiv grammatische Grundlagen wiederholen.

Andreas Hausotter

Basics Latein

Nomen und Adjektive

Auer-Verlag, Donauwörth 2012, 16,90 €

Selbst in den höheren Klassen fehlt es oft an den grundlegenden Fertigkeit im Fach Latein. Mit der Reihe »Basics Latein« liefert der Verlag

- über 40 sofort einsetzbare Kopiervorlagen zur effektiven Wiederholung des Grundwissens,
- Merkzettel zum Übersetzen für Kasus-Fragen,
- Möglichkeiten zur Selbstkontrolle anhand ausführlicher Lösungen.

Jedes Phänomen wird zunächst in einem Merkkasten übersichtlich dargestellt und erläutert. Anschließend wird es in Aufgaben

Politik, Industrie, Banken - Wer profitiert vom Krieg?

Jürgen Grässlin

Schwarzbuch Waffenhandel

Wie Deutschland am Krieg verdient

Heyne, München 2013, 14,99 €

Bei den Bundestagswahlen spielten Krieg und Frieden keine Rolle. Einzig Drohnen wurden thematisiert. Das Buch von Jürgen Grässlin ist ein nützliches Nachschlagewerk. Der 1. Strang ist eine Chronologie nach/seit 1945. Der 2. Strang sind Täterprofile von Strauß, Kohl, Schröder/Fischer bis Merkel, wobei Brandt und Schmidt kaum vorkommen. Die Rüstungsfirmen kommen besonders schlecht weg. Der Autor spricht von den »Big Five« der Konzerne.Bei den »Top Ten« der Personen liegt auf Platz 10 Volker Kauder, den er »Abwickler von Exportanfragen« nennt. Platz 4, Frank Walter Steinmeyer, nennt er »Rekordhalter bei Kleinwaffenexporten«. Hier beschreibt Grässlin ausführlich die Rüstungsaktivitäten von Heckler und Koch. Schröder nimmt Platz 3 ein, wird »Kanzler der Rüstungskonzerne« genannt. Und Merkel auf Platz 1 nennt er »Marketenderin der Todeswaffen«. Fischer auf Platz 6 und Kohl auf Platz 2 bekommen keine Computer-Spiele-Namen. Zu seinen Einschätzungen kommt der Autor durch intensives Lesen in Firmen-Zeitungen, wie z. B. dem Geschäftsbericht der EADS von 2010 genannt werden noch Lürßen und Atlas Elektronik. Alle Konzerne liefern auch in Krisengebiete und in nicht gerade demokratische Länder. Er zitiert in dem Zusammenhang eine Aussage des Journalisten Witthöft, der im »Marineforum« (Oktober 2012) Rüstungsexporte legitimiert mit deutschen Sicherheitsinteressen und Arbeitsplatzsicherung. Mein Kommentar dazu: Gewerkschaftler, seid kritisch bei den großen Reden zu den Weltkriegen! Rüstungsexporte mögen legal sein, legitim sind sie nicht.

Marlene Bona

mit ansteigendem Schwierigkeisgrad geübt. Die Progression ist dabei so kleinschrittig und durchdacht, dass Schülerinnen und Schüler systematisch an immer schwierigere Beispiele herangeführt werden. Weiterer Titel aus dieser Reihe: Basics Latein, Verben und Konjugationen. Gedacht für alle Klassenstufen.

Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir

Andreas Müller

Bock auf Lernen

Ein munterer Abgesang auf sieben Lehr-Lern-Illusionen

hep-Verlag, Freiburg 2013, 23 €

Der Autor konstatiert, dass die Zeit in Lehrinstitutionen vertan wird. Er identifiziert nicht nur die Missstände, sondern zeigt auch Lösungen auf, um das Lernen zu verbessern. Der Bildungsfachmann untermauert mit vielen Argumenten und plausiblen Beispielen, dass Kinder eben nicht in die Schule kommen, um sich etwas anzueignen oder dass Lehrer nicht dafür da sind, um den Kindern etwas beizubringen. Der Autor spricht gezielt Lehrkräfte, Bildungsfachpersonen sowie Eltern an und zeigt auf, wie Schülerinnen und Schüler (wieder) »Bock aufs Lernen« bekommen.

Seine Abrechnung mit den gängigen schulischen Mustern anhand von sechs Lehr-Lern-Illusionen untermauert der Autor mit vielen einsichtigen Argumenten und plausiblen Beispielen. Dabei lässt er es aber nicht bewenden: Humorvoll und anschaulich beschreibt Müller, wie mit einfachen Methoden die Lust aufs Lernen geweckt werden kann.

Schulleben, Unterrichtsorganisation und Praxishilfe für alle Fächer

mittendrin e. V. (Hrsg.)

Alle mittendrin – Inklusion in der Grundschule und Eine Schule für alle – Inklusion umsetzen in der Sekundarstufe

Verlag an der Ruhr, Mülheim 2013, je Band 26,95 €

In diesen Ratgebern berichten Lehrer, Sonderpädagogen u. v. m.

- aus dem inklusiven Klassenzimmer mit konkreten Unterrichtseinheiten und Beispielen für die einzelnen Fachbereiche,
- vom Miteinanderleben im schulischen Bereich, von sozialem Lernen, Elternarbeit und Struktur der Schulwoche,
- und davon, wie die inklusive Schule organisiert werden kann, von Teamarbeit, Fortbildung, Raumorganisation und dem Heben von Ressourcen.

Die Autoren der Bände arbeiten bereits seit vielen Jahren an Schulen mit Inklusion.

»Das beste Buch über Improvisation, das ich je gelesen habe.« Keith Jarrett

Stephen Nachmanovitch

Free Play

Kreativität geschehen lassen

O. W. Bart-Verlag, München 2013, 19,99 €

Der Autor zeigt, wie schöpferisch das Leben eigentlich ist. Er entschlüsselt kreatives Handeln als einen Akt spiritueller Spontanität, in dem man völlig gegenwärtig und hingegeben ist an den Moment. Doch wie entsteht intuitive Musik oder Inspiration in uns, welche unvermeidlichen Umstände blockieren sie und wie kann man sie befreien? Wichtig ist es, sich die richtige Technik anzueignen und sie durch Übung zu perfektionieren.

Stephen Nachmanovitch wurde 1950 geboren und lebt in Virginia. Er ist Musiker, bildender Künstler, Autor und ein gefragter Vortragender an Universitäten und Konservatorien. Sein Lebensthema ist die Improvisation bzw. die Spiritualität kreativer Prozesse in Leben und Kunst. Als Violinist gibt er seit den 70er Jahren Konzerte mit improvisierter Musik.

Das Jahrbuch des Verbrechens

Gerhard Wisnewski

»ungeklärt – unheimlich – unfassbar«

Knaur, München 2013, 7,99 €

Rätselhafte Verbrechen, die die Welt schockieren. Selbstmord, Terroranschlag, Amoklauf. Aber haben sich die Ereignisse wirklich so zugetragen, wie wir es aus den Medien erfahren? Wurden diese Verbrechen überhaupt richtig und vollständig dargestellt? Wurden tatsächlich die richtigen Täter gefasst?

Oder wurde etwas Wichtiges vergessen oder gar verschwiegen?

Gerhard Wisnewski untersucht, was es mit dem Topmanagersterben in der Schweiz auf sich hat, geht der Fährte nach, ob Polizisten hinter dem 50-Millionen-Coup von Brüssel stecken und fragt sich, wie es kommt, dass jedes Jahr Tausende von Menschen in Lateinamerika auf grausame Weise gelyncht werden.

Interkulturelle Schulentwicklung: Leitfaden eines bundesweiten Vernetzungsprojektes von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte

Der Leitfaden steht zum Download bereit unter www.cornelsen.de/presse

Im Juli des vorigen Jahres war die **Bremer Journalistin mit einer internationalen Gruppe im südlichen Marokko und der Westsahara**, die widerrechtlich seit Jahrzehnten besetzt ist. Marokko verhindert das seinerzeit von der UN beschlossene Referendum und unterdrückt das sahrauische Volk. Dieser Konflikt ist vollkommen aus dem Bewusstsein aller gewichen. Regina Dietzold ist bereit, in Schulen darüber zu berichten: Regina Dietzold – Presse & Marketing, Büro – Tel. 0421-707484 – e-mail: pr-europe@gmx.de

Die nächste Runde des bundesweiten Wettbewerbs **Jugend testet** der Stiftung Warentest ist gestartet. Ab sofort können sich Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren zur Teilnahme anmelden unter: www.jugend-testet.de oder C.Dammschneider@stiftung-warentest.de

Wir befinden uns mitten im Krieg – Militarisierung im digitalen Zeitalter

Die Broschüre (Autor Rudolph Bauer) ist zu einem Preis von 5 € beim Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, erhältlich.

Aktion Mensch gibt Kinderbücher zum Thema Inklusion heraus

Die »Bunte Bande« ist kostenfrei online zu bestellen

Die Aktion gibt gemeinsam mit dem Carlsen Verlag eine Kinderbuchreihe heraus, die an die Themen gesellschaftlicher Vielfalt und Inklusion heranführen. Die Geschichten richten sich an Kinder im Alter von acht bis elf Jahren, eignen sich aber auch zum Vorlesen bei jüngeren Kindern. Ab sofort ist der erste Band kostenfrei verfügbar, der nächsten Band ist für März 2014 geplant.

Zu bestellen sind die Bücher kostenfrei unter www.aktion-mensch.de/buntebande. Außerdem steht ein barrierefreies PDF zum Download zur Verfügung.

Weitere Informationen: Ulrike Jansen Aktion Mensch, Stellv. Pressesprecherin Tel. 0228-2092-340, E-Mail: ulrike.jansen@aktion-mensch.de

Ein bildungsreiches Jahr 2014 wünschen wir uns.

Kann das sein?
Was kann das nicht sein?

■ Das kann doch nicht sein, dass 10% der Bevölkerung über 75% des Vermögens der BRD verfügen. Das kann doch nicht sein, dass schon wieder über ein Drittel aller Bremer Kinder von Armut betroffen sind. Hoffentlich diesmal das andere Drittel. Das kann doch nicht sein, dass man von 10 % Ausgaben für Bildung seit 2008 fabuliert und kaum die Hälfte dafür bisher ausgibt. Das kann doch nicht sein, dass man als verbalhochbegabter Profalla vom Kanzleramt direkt in den Bahnvorstand wechselt. **Das kann doch nicht sein, dass die Bremer Bildungssenatorin in ihrer Neujahrsansprache in der Behörde das Wort Bildung nicht einmal in den Mund nimmt.** Kann das denn sein, dass man von Bildung keine Ahnung mehr hat und deshalb wird darüber auch nicht mehr gesprochen, geschweige denn diskutiert? Kann das sein, dass in kaum einem Kollegium noch über Bildung und Bildungsinhalte gesprochen wird? *All das kann natürlich sein. Und dann käme ja auch noch gleich die Pädagogik dazu. Kann das sein, dass man als Pädagoge heute gar keine Zeit hat über Pädagogik zu sprechen?* Kann sein, hat aber bestimmt gute Gründe. Dann redet man lieber über Sachen, von denen alle reden und dann versteht man sich auch gleich viel besser, weil es sein kann, dass man dann gar keine Ahnung mehr braucht. Man muss nur die entsprechenden Vokabeln können. Kennst du? »Du, wir sind jetzt gebundene Ganztagsschule!« »Wie, alle angebunden?«; »Du, wir unterrichten alle nur noch Bildungsstandards vom Feinsten, kann man sich downloaden«; »Früher war ich gut ausgebildeter Deutschlehrer, heute bin ich Sprachberater«; »Ich coache jetzt das Kollegium in Teambildung«; »Früher kannte ich die Kinder ganz genau, heute mache ich eine Individualdiagnose, da gibt es jetzt einen Diagnosekoffer beim LIS«; »Watt kann dein Kind denn so?« »Da muss ich erst eine Lernstandserhebung durchführen«; »Es gibt eine Qualitätsanalyse, die die Qualität so etwas von analysiert, das ich dann qualitativ erheblich effizienter Qualität abliefern kann«; »Und immer inklusiv bleiben, bitte.« Exklusiv gab es gestern, heute geht es um die Exzellenz, aber was ist das? *Lassen sie uns einfach mal wieder über Bildung sprechen, lassen sie uns einfach mal über Inhalte sprechen, nicht über die Formen und Methoden.* Da gibt es Schulleitungen, die wollen Methoden wie z.B. »offenen Unterricht« verordnen und wissen gar nicht was das ist, weil sie noch nie so gearbeitet haben. Ja was soll denn da offen sein? Da steht uns der Mund offen, Weltoffen, A…offen. **Und für alle, die uns gute Ratschläge machen, haben wir eine Antwort parat: »Zeig mir mal was du meinst und mach es mir doch bitte mal vor! Und zwar für mehrere Wochen. Ansonsten schweig für immer.«** Wir wünschen uns und euch für 2014 Ruhe zur inhaltlichen, unterrichtlichen Arbeit, ohne neue »Reformen« und ohne Mehrarbeit. Nur so sichern wir die Zukunft, von der wir heute schon wissen, dass sie morgen zum Heute wird, weil heute dann schon wieder gestern ist. Das kann doch sein!? Oder?

Wilfried Meyer

Einladung zum 16. MaiMeeting der GEW

Termin: 29. Mai bis 01. Juni 2014

Das Tagungshaus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das MaiMeeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für ihre Mitglieder und ganz besonders Funktionärinnen und Funktionäre. Gerade der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und GEW-Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben den anspruchsvollen Workshops mit versierten Trainerinnen und Trainern bieten wir wieder viele kulturelle Highlights und politischen Abendveranstaltungen. Dieses Mal findet das MaiMeeeting im ver.di Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode statt. Es liegt in der Lüneburger Heide und bietet beste Tagungsbedingungen.

Folgende sechs Workshops werden angeboten:

1. Rechte Lebenswelten in der Musikkultur
2. Auf dem Weg in eine solidarische Moderne
3. Gemeinschaft lernen – Vom Glück der Gemeinschaft
4. Wo stehe ich – wo will ich hin? Rolle und Identität im Leben (Arbeit/Gewerkschaft/Privat)
5. Resilienz – angemessener Umgang mit Belastungen
6. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich

Weitere Information zum Programm, zu den Teilnahmebedingungen und zur Anmeldung sind ab sofort unter **http://www.gew.de/maimeeting.html** erhältlich. Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen! Anmeldeschluss ist der 28.02.2014

Kontakt für Nachfragen:
Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand,
Reifenberger Straße 21,
60489 Frankfurt/Main
Tel. 069/78973-209
Fax: 069/78973-102
E-Mail: nicole.lund@gew.de

Termine und Hinweise

»Freunde«

Willst Du Freunde erwerben, sei selbst freundlich, vergiß dich selber.

Dale Carnegie

»Wattenmeer«

Es gibt keine Seele, die nicht ihr Wattenmeer hätte, in dem zu Zeiten der Ebbe jedermann spazieren gehen kann.

Christian Morgenstern

Morgen für Morgen kommt man zur Welt. Ionesco

»Theater Bremen - Spielzeit 2013/14«

04.03.2014, 16-18.00 Uhr, »**Jour Fixe**«, TheaterlehrerInnen, aber auch alle anderen Interessierten sind herzlich zu unserem »**Impulsworkshop**« eingeladen. Eintritt frei - bitte bequeme Kleidung mitbringen.

»MOKS im Februar 2013«

14.02.2014, 20.00 Uhr, »**Nichts, was im Leben wichtig ist**«, **Kleines Haus.** Premiere. Von Janne Teller in der Regie von Alexander Riemenschneider, **ab 13 +.**

16.02.2014, 18.30 Uhr, »**Nichts, was im Leben wichtig ist**«, **Kleines Haus. Ab 13 +.**

17.02.2014, 10.30 Uhr, »**Nichts, was im Leben wichtig ist**«, **Kleines Haus. Ab 13 +.**

20.02.2014, 10.30 Uhr, »**Schmidts unglaubliche Geschichte**«. Ab 6 Jahren. **MOKS.**

21.02.2014, 10.30 Uhr, »**Schmidts unglaubliche Geschichte**«. Ab 6 Jahren. **MOKS.**

23.02.2014, 16.00 Uhr, »**Schmidts unglaubliche Geschichte**«. Ab 6 Jahren. **MOKS**. Auch am **24.02./25.02./26.02.**

27.02.2014, 20.00 Uhr, »**Nichts, was im Leben wichtig ist**«, **Kleines Haus. Ab 13 +.**

28.02.2014, 10.30 Uhr, »**Nichts, was im Leben wichtig ist**«, **Kleines Haus. Ab 13 +.**

01.03.2014, 16.00 Uhr, »**Rico Oscar und die Tieferschatten**«. **Ab 9 +.**

04.03/05.03./06.03.2014, jeweils 10.30 Uhr, »**Rico Oscar und die Tieferschatten**«. **Ab 9 +.**

08.03/09.03.2014, jeweils 16.00 Uhr, »**Rico Oscar und die Tieferschatten**«. **Ab 9 +.**

12.03/13.03./14.03/18.03.2014, jeweils 10.30 Uhr, »**Rico Oscar und die Tieferschatten**«. **Ab 9 +.**

22.03/23.03./30.03.2014, jeweils 16.00 Uhr, »**Rico Oscar und die Tieferschatten**«. **Ab 9 +.** Auch am 31.03.2014, 10.30 Uhr.

Info: **Tel.: 0421-36530**

» Theater am Leibnizplatz - Januar 2014«

08.02.2014, 19.30 Uhr, »**Richard III**«.
13.02.2014, 19.30 Uhr, »**Romeo und Julia**«.
15.02.2014, 19.30 Uhr, »**Shakespeares Könige. MORD MACHT TOD**«.
16.02.2014, 18.00 Uhr, »**Bestie Mensch**«. FigurenTheaterLiveMusikSchauspiel nach E. Zola.
18.02.2014, 19.30 Uhr, »**Eine Stadt im Krieg - Bremen 1914 - 1918**«. Szenische Lesung »Aus den Akten auf die Bühne«.
19.02.2014, 19.30 Uhr, »**Eurydike trennt sich**«.
20.02.2014, 19.30 Uhr, »**Libretto fatale: DEJA VU 3.0**«. 30 Jahre »Libretto fatale«.
21.02.2014, 19.30 Uhr, »**Der Kaufmann von Venedig**«.
22.02.2014, 19.30 Uhr, »**Pericles**«.
23.02.2014, 18.00 Uhr, »**Libretto fatale: DEJA VU 3.0**«. 30 Jahre »Libretto fatale«.
25.02.2014, 19.30 Uhr, »**Mario und der Zauberer**«. Figurentheater/Schauspiel/Live-Musik - nach Thomas Mann.
26.02.2014, 19.30 Uhr, »**Romeo und Julia**«.
27.02.2014, 19.30 Uhr, »**Hamlet**«.
28.02.2014, 19.30 Uhr, »**Libretto fatale: DEJA VU 3.0**«. 30 Jahre »Libretto fatale«.

Info: **Tel.: 0421-500333.**

belladonna

www.belladonna-bremen.de

12.02.2014, 19.30 Uhr, »**Austauschtreffen: Netze knüpfen - Messeauftritt**«. Wie plane ich einen Messestand und wie kann er optimal präsentiert werden? Wo ist ein guter Standort, wieviel Werbung kann ich auslegen? Wie verhalte ich mich? Nur für Frauen.

Workshopreihe »Existenzgründung« (4 Termine)

13.02./20.02./27.02./06.03.2014. Jeweils 18.30 - 21.30 Uhr. Kurs mit verschiedenen Referentinnen. Existenzgründung als berufliche Alternative? Für gründungsorientierte Frauen. Maximal 15 Frauen. Themen: »**Ideenfindung, Orientierung, Zeitplanung, Akquise**«. In Kooperation mit »Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.«. Verbindliche Anmeldung erforderlich.

Seminar »Zufrieden als Chefin«

Ziel ist es, souverän den Herausforderungen zu begegnen. Als Chefin ist es notwendig, mit Interessengruppen und Konflikten umzugehen, die Motivation der MitarbeiterInnen zu stärken und dabei die Unternehmensziele vor Augen zu haben. Mit Wiebke Wedemeyer: 21.02.2014, 18.00 - 21.00 Uhr und 22.02.2014 von 10.00 - 18.00 Uhr.
Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen e.V., Sonnenstr. 8, 28203Bremen, **Tel.: 0421-703534.**

»A G I L«

Diese AG trifft sich jeden 1. Donnerstag im Monat, aber nicht in den Ferien, um 18.00 Uhr im Bremer GEW-Sitzungsraum. Info:
Tel.: 0421-337640.

»Cornelsen-Stiftung«

Diese Stiftung sucht 30 angehende und praktizierende LehrerInnen für eine Sommer-Uni. Info:
Tel.: 030-89785563.

»Mathe mit Känguru«

Im März 2014 wird der Schüler-Wettbewerb »Mathe mit dem Känguru« 20 Jahre alt. Info: **www.math-ksf.org**

AWB
Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27 · 28211 Bremen
Tel.: 0421-4919033
www.awb-bremen.de
georg_berghorn@t-online.de

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Mitgliederversammlung Stadtverband Bremen

Mittwoch, den 26. März 2014, 17-20 Uhr,
(Raum wird noch bekanntgegeben)

Tagesordnung:
Bericht des Stadtverbandsvorstandes:
- Die aktuelle bildungspolitische Situation in Bremen
- Neuwahl des Stadtverbandsvorstandes
- Neuwahl der Bremer VertreterInnen in der BLZ-Redaktion
- Neuwahl der VertreterInnen im DGB Bremen
- Anträge: Verschiedenes

Mitgliederversammlung Stadtverband Bremerhaven

Mittwoch, den 12. März, 16.30 Uhr
Aula der Goetheschule, Deichstr.

- Thema: Das Jahr vor der Bürgerschaftswahl

Haushaltsberatungen, 04.12.2013 | Foto: GEW

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden. Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Stadtverband Bremen

Februar	
10.02.2014	**FG Hochschule und Forschung,** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
11.02.2014	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,** 10.00 Uhr, Besuch im Fallturm der Uni Bremen
11.02.2014	**Gender Gruppe,** 18.30 Uhr, Schlachthof, Bremen
12.02.2014	**FG Oberschule,** 18.00-19.30 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
13.02.2014	**AG Päd. Mitarbeiterinnen,** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
17.02.2014	**Stammtisch der Studierenden in der GEW »Theke-Antitheke-Syntheke«,** 19.00 Uhr im Lagerhaus
25.02.2014	**AK Gewerblich-technische berufliche Schulen,** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
27.02.2014	**Inklusive Schule & Sonderpädagogik,** 17.00 Uhr, GEW Geschäftstelle
27.02.2014	**FG kaufmännische Schulen,** 20.00 Uhr, Ort bitte in der GEW-Geschäftstelle Bremen erfragen
März	
6.03.2014	**AG Interkulturelles Lernen,** 18.00 Uhr GEW, GEW Geschäftsstelle Bremen
18.03.2014	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,** 10.00 Uhr, Ort: im DGB Haus, kleiner Saal (5. Etage)
13.02.2014	**AG Päd. Mitarbeiterinnen,** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
17.03.2014	**Stammtisch der Studierenden in der GEW »Theke-Antitheke-Syntheke«,** 19.00 Uhr im Lagerhaus
27.03.2014	**FG Kaufmännische Schulen gemeinsam mit der FG gewerbl. Schulen,** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen

Seminare der GEW Bremen

Interkulturelle Kompetenz an Schulen
Im Seminar werden Grundelemente Interkultureller Kompetenzen vermittelt, danach werden gemeinsam erste Schritte für eine Interkulturelle Öffnung an Schulen entwickelt
Freitag 21.02.2014, 9 – 16 Uhr,
Bremen, Gertrudenhof
www.gertrudenhof-bremen.de
Leitung: Sangeeta Fager
Kostenlos für GEW-Mitglieder

Seminar für Personalausschüsse
Dienstag 25.02.2014, 9 – 16 Uhr
Bremerhaven, Gewerkschaftshaus,
Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31b
Leitung: Frank Hasenbein und Mitglieder des PR-Schulen
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 Euro)
Dienstag 11.03.2014, 9 – 16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22 – 28
Leitung: Mitglieder des PR-Schulen
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 Euro)

Seminar für pädagogische Mitarbeiter_innen
Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Pädagogischen Mitarbeiter_innen an Schulen diskutiert.
Dienstag 25.03.2014, 9 – 16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22 – 28
Leitung: Frank Hasenbein und Mitglieder des PR-Schulen
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 Euro)